



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2012

Yannick Bassler

**Die versunkene
„Insel der Demokratie“.
Eine historisch-
institutionalistische Analyse des
politischen System Kirgistans**

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Petra Stykow
2011

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Der historische Neo-Institutionalismus als theoretischer Analyserahmen	5
	2.1 Grundannahmen des historischen Neo-Institutionalismus	8
	2.2 Das historisch-institutionalistische Konzept der Pfadabhängigkeit	10
	2.3 „The burdens of the past“: <i>Legacies</i> als überdauernde Politikmuster	13
	2.3.1 Formell-institutionelle Hinterlassenschaften	16
	2.3.2 Informell-institutionelle Hinterlassenschaften	18
3	Die pfadabhängige Entwicklung formell- und informell-institutioneller Hinterlassenschaften im post-sowjetischen Kirgistan	19
	3.1 Erste critical juncture: Zusammenbruch der Sowjetunion und demokratische Ursprungsverfassung	19
	3.2 Die Ära Akaev: Der Pfad in die Autokratie	21
	3.3. Die Tulpenrevolution: Kirgistans Bunte Revolution als zweite <i>critical juncture</i>	26
	3.4 Verpasste Chance: Die institutionelle Reproduktion der Bakijew-Ära	27
	3.5 Dritte critical juncture: Zusammenbruch des Bakijew-Regimes	31
4	Fazit und Ausblick	35
	Literaturverzeichnis	41

1 Einleitung

Anfang 2011 dominierte kaum ein anderes Thema die weltweite Medienlandschaft mehr als die Unruhen in Tunesien und Ägypten. Nach dem Sturz der Machthaber Zine el-Abidine Ben Ali und Hosni Mubarak war das Medienecho enorm. Nach weiteren Unruhen in anderen arabischen Ländern war von „arabischem Frühling“ und gar einer „anschwellenden Welle der Demokratisierung in der arabisch-islamischen Welt“ (Leggewie 2011) die Rede.

Inmitten dieser Euphorie einer weitreichenden Demokratisierung in einigen Staaten Nordafrikas und der arabischen Halbinsel wird oftmals vergessen, dass sich die Welt vor 20 Jahren in einer ähnlichen Situation befand: Bereits zwischen 1989 und 1991 gab es unter Transitionsforschern – unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Sowjetunion – die Hoffnung einer weitreichenden Demokratisierung in den damals neu entstandenen Staaten. Bezug nehmend auf Huntingtons Wellenmodell wurde auch seinerzeit die Wellenmetapher verwendet und von einer vierten Demokratisierungswelle gesprochen (McFaul 2002).

Die Entwicklung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion Mitte der 1990er Jahre machte aber mehr und mehr deutlich, dass sich nicht alle post-kommunistischen Länder in eine demokratische Richtung bewegten. Die ehemaligen Sowjet- und Satellitenstaaten entwickelten sich vielmehr in entgegengesetzte Richtungen: Während in den ost- und ostmitteleuropäischen Ländern ein Demokratisierungsprozess einsetzte, etablierten sich in den zentralasiatischen Ländern autokratische Herrschaftsregime. Levitsky und Way (2007) bezeichnen die gegenläufige Entwicklung zwischen der Demokratisierung in den mittel- und ostmitteleuropäischen post-kommunistischen Ländern einerseits und einer zunehmenden Autokratisierung im Kaukasus und in Zentralasien andererseits als „post-communist divide“ (Levitsky/Way 2007). Unter Berücksichtigung einschlägiger Demokratieindizes, wie Freedom House, lässt sich tatsächlich eine solche Teilung der post-kommunistischen Länder hinsichtlich ihrer Demokratiequalität feststellen.¹ Und so kann in der Tat der Aussage von Bunce (1999) zugestimmt werden, dass „the dominant pattern of postsocialism has been one of variation, not uniformity“ (Bunce 1999, S.759).

¹ Vgl. hierzu auch Kitschelts Beobachtung einer „polarization of regime types“ (Kitschelt 2003, S.49), wie er sie in Fußnote 2 genauer beschreibt: Regime, die Mitte der 1990er Jahre von Freedom House in der mittleren Kategorie (3,5-5,0) eingeordnet waren, haben sich entweder demokratisiert oder autokratisiert (vgl. Kitschelt 2003, S.49f.)

Angesichts der heute weitgehend abgeschlossenen demokratischen Konsolidierungsphase in Ost- und Mitteleuropa sowie des EU-Beitritts einiger dieser Staaten verlagerte sich der Forschungsschwerpunkt von einem post-sowjetischen zu einem zentral- und osteuropäischen und damit weg von der Demokratisierung und hin zu einer Europäisierung. Die zentralasiatische (demokratische bzw. gerade nicht-demokratische) Entwicklung verschwand zunehmend aus dem Forschungsfokus. Dies führte dazu, dass die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion in der einschlägigen Forschungsliteratur der post-sowjetischen Ländervergleiche gar nicht erst berücksichtigt werden (vgl. Ismayr 2010; White/Batt/Lewis 1998).

Dabei war unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Hoffnung auf eine weitreichende Demokratisierung mitnichten auf den ostmitteleuropäischen Teil der neu entstandenen Staaten beschränkt: Als Musterbeispiel für eine demokratische Entwicklung in Zentralasien wurde zu Beginn der 1990er Jahre stets das Beispiel Kirgistan genannt. Insbesondere auf Grund der demokratischen Kriterien entsprechenden Ursprungsverfassung galt das Land kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als zentralasiatische „Insel der Demokratie“ (vgl. Anderson 1999 nach einem Ausspruch des damaligen Präsidenten Askar Akaev).

Kurz vor dem 20. Geburtstag der Republik Kirgistan am 31. August 2011 (vgl. CIA World Factbook 2011) muss rückblickend aber festgestellt werden, dass trotz demokratischer Ursprungsverfassung aus dem Jahr 1993 keine Demokratisierung in Kirgistan stattgefunden hat. Das Land hat vielmehr zwei Jahrzehnte des institutionellen Wandels mit zahlreichen Verfassungsänderungen und gewaltsamen Machtwechseln hinter sich.

In der vorliegenden Arbeit wird – ganz im Sinne von Paul Pierson und Theda Skocpol („a historical-institutionalist scholar usually starts by asking about [...] why something happend, or did not happen“ - Pierson/Skocpol 2002, S.696) – die Frage gestellt, warum es im postsowjetischen Kirgistan trotz demokratischer Ursprungsverfassung zu keiner Demokratisierung gekommen ist. Zur Beantwortung der Frage werden der historische Neo-Institutionalismus und das ihm immanente Konzept der Pfadabhängigkeit herangezogen. Dadurch kann gezeigt werden, dass sich sowohl der nicht-einsetzende Demokratisierungsprozess als auch die bis zum Sturz des Bakijew-Regimes zunehmende Autokratisierung auf die pfadabhängige Entwicklung sowjetischer *legacies* zurückführen lassen.

Um diese These zu verdeutlichen und die Bedeutung der pfadabhängigen Entwicklung sowjetischer Hinterlassenschaften für den gescheiterten Demokratisierungsprozess in Kirgistan herauszuarbeiten, wird zunächst der historische Neo-Institutionalismus (2) mit seinem Verständnis des diskretionär verlaufenden institutionellen Wandels (2.1) und dem Konzept der Pfadabhängigkeiten (2.2) näher erläutert. Anschließend erfolgt eine eingehende Beschäftigung mit den übernommenen Politikmustern, den sowjetischen *legacies* (2.3), und ihren Ausprägungen formell- (2.3.1) und informell-institutioneller (2.3.2) Natur.

Nachdem der theoretische Analyserahmen der Arbeit abgesteckt wurde, kann im Hauptteil der Arbeit sowohl der diskretionär verlaufende institutionelle Wandel als auch die pfadabhängige Entwicklung sowjetischer Hinterlassenschaften in der post-sowjetischen Institutionengeschichte Kirgistans aufgezeigt werden (3). Im anschließenden Fazit (4) wird einerseits die entscheidende Rolle der Hinterlassenschaften im gescheiterten Demokratisierungsprozess verdeutlicht, andererseits gefragt, ob es sich bei der 2010 verabschiedeten, erneut demokratischen Kriterien genügenden Verfassung um einen Durchbruch im kirgisischen Demokratisierungsprozess handelt.

2 Der historische Neo-Institutionalismus als theoretischer Analyserahmen

In Abgrenzung zum in den 1950er und 1960er Jahren weitverbreiteten Ansatz des Behavioralismus, der das Verhalten von Akteuren in den Mittelpunkt der Analyse stellte, rückten Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre die Institutionen zurück in den Fokus der vergleichenden Politikwissenschaft (Thelen/Steinmo 1992; Hall/Taylor 1996), da ihnen eine zunehmend größere Bedeutung für gemeinschaftliches Handeln zugesprochen wurde: „Social, political, and economic institutions have become larger, considerably more complex and resourceful, and *prima facie* more important to collective life“ (March/Olsen 1984, S. 734; March/Olsen 1989, S.1).

Die Wiederentdeckung der Institutionen (March/Olsen 1989) durch den Neo-Institutionalismus ist dabei keinesfalls als Konterrevolution zur „*behavioral revolution*“ (Thelen/Steinmo 1992, S.3) zu sehen, die ab den 1950er Jahren den damaligen Institutionalismus als vorherrschendes Paradigma der vergleichenden Politikforschung ablöste, sondern als eine integrative Weiterentwicklung der vorangehenden Ansätze zu

verstehen. Der stark normativ geprägte Institutionalismus der 1950er Jahre verstand Institutionen lediglich in ihrem formalen Sinne als Verfassungen und Gesetze und lieferte zudem durch die Gegenüberstellung von institutionellen Ordnungen als Ganzes kaum Erkenntnisse für eine vergleichende Analyse der Institutionen (Thelen/Steinmo 1992; Csigò 2002).

Während der strukturalistisch geprägte Institutionalismus der 1950er Jahre die Akteursebene ignorierte und in „konstitutionelle[n] Strukturmerkmale[n]“ (Csigò 2002, S.30) die einzige Erklärungsmöglichkeit für *policy outcomes* sah, verhält es sich bei den akteurszentrierten Behaviouralismusansätzen umgekehrt. Im Fokus ihrer Analyse zur Beschreibung von politischen Resultaten stehen vielmehr die „informal distributions of power, attitudes, and political behaviour (Thelen/Steinmo 1992, S.4), wohingegen Institutionen lediglich als Arenen für interessensgeleitete Akteure dienen (March/Olsen 1984, S.734).

In seiner Institutionendefinition versucht der Neo-Institutionalismus, die unterschiedliche Fokussierung der beiden konkurrierenden Ansätzen des strukturalistischen Institutionalismus und der akteurszentrierten Handlungs- und Verhaltenstheorie zu überwinden, indem er sowohl formelle Institutionen „such as rules“ (Thelen/Steinmo 1992, S.2) als auch informelle Institutionen „such as norms“ berücksichtigt (Thelen/Steinmo 1992, S.2). Einig sind sich Neo-Institutionalisten darin, dass Institutionen Regeln sind, die das Verhalten der gesellschaftlichen Akteure strukturieren (Steinmo 2008). North spricht in diesem Zusammenhang von „constraints“ (North 1990, S.3), die die Handlungsspielräume von Akteuren festlegen. Er schreibt: „Institutionen sind die Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion“ (North 1992, S.3).²

Innerhalb des neo-institutionellen Ansatzes³ finden zahlreiche Typologierungsversuche zur Unterteilung einzelner Strömungen statt. Im Allgemeinen wird dabei zwischen drei Typen des Neo-Institutionalismus⁴ unterschieden: dem Rational Choice Neo-Institutionalismus, dem historischen Neo-Institutionalismus und dem soziologischen Neo-

² Eine genaue Definition des Institutionenbegriffs des historischen Neo-Institutionalismus, erfolgt in Abgrenzung zu den anderen Spielarten des Neo-Institutionalismus weiter unten.

³ Steinmo schreibt dazu: „Historical institutionalism is neither a particular theory nor a specific method. It is best understood as an *approach* to studying politics and social change“ (Steinmo 2008, S.118).

⁴ Im Folgenden werden die Begriffe des Neo-Institutionalismus und des Institutionalismus synonym verwendet. Die Ausdrücke Neo-Institutionalismus und historischer Institutionalismus meinen also den gleichen Ansatz.

Institutionalismus (Hall/Taylor 1996; Steinmo 2008).⁵ Das wesentliche Unterscheidungskriterium zwischen diesen drei Formen ist das Maß, in welchem Institutionen strukturierend auf gesellschaftliche Akteure wirken. Der Rational Choice Institutionalismus auf der einen Seite geht davon aus, dass Institutionen lediglich den Rahmen für das strategische Handeln rationaler Akteure bilden und deren Handlungsspielräume beschränken. Im soziologischen Institutionalismus hingegen stellen Institutionen eine Orientierung für Individuen dar, die stets auf der Suche nach dem angemessenen Verhalten sind. In diesem Fall liefern Institutionen mit der „logic of appropriateness“ (Steinmo 2008, S.126) Handlungsmuster, an denen sich die Individuen orientieren können. Während im Rational Choice Institutionalismus eher formelle Institutionen (Verfassung, kodifiziertes Recht) im Vordergrund stehen, spielen im soziologischen Institutionalismus eher informelle Institutionen wie soziale Normen und Konventionen eine besondere Rolle (vgl. Hall/Taylor 1996; Steinmo 2008; Kaiser 2009).

Der historische Neo-Institutionalismus kann zwischen diesen beiden Ansätzen verortet werden: „[...] human beings are *both* norm-abiding rule followers *and* self-interested rational actors“ (Steinmo 2008, S.126). Die Betonung, dass Akteure sowohl rational agieren als auch normen- und wertegeleitet sind, macht *ex negativo* auch deutlich, dass eine dieser Annahmen alleine nicht ausreicht, um das Verhältnis zwischen Institutionen und Akteuren zu beschreiben.⁶ Formelle wie informelle Institutionen nehmen also eine gleichgewichtige Rolle im Institutionenverständnis des historischen Institutionalismus ein. Dementsprechend lassen sich Institutionen im historischen-Institutionalismus als „formal or informal procedures, routines, norms and conventions“ (Hall/Taylor 1996, S. 938) definieren.

Dabei steht für historische Institutionen nicht in erster Linie das Verhältnis zwischen Institutionen und individuellem Handeln im Vordergrund, sondern vielmehr die Frage, „why a certain choice was made and/or why a certain outcome occurred“ (Steinmo 2008, S.126). Zur Abgrenzung von den anderen Ansätzen des Neo-Institutionalismus heben Hall/Taylor (1996) vier Merkmale des historischen Institutionalismus besonders hervor. Erstens das bereits genannte relativ geringe Interesse an der Verbindung zwischen

⁵ Für andere semantische Bezeichnungen der neo-institutionalistischen Strömungen vgl. Koelble 1995; Kato 1996; Immergut 1997.

⁶ Insgesamt konzeptualisiert der historische Institutionalismus die Beziehung zwischen Institutionen und individuellem Verhalten in relativ vagen Begriffen, da stets die Frage im Vordergrund steht, warum eine bestimmte Entscheidung getroffen wurde, beziehungsweise warum ein bestimmtes Ergebnis passiert ist (vgl. Hall/Taylor 1996; vgl. Steinmo 2008).

Institution und Akteursverhalten; zweitens die Betonung einer Machtasymmetrie bei der Entwicklung und Funktion von Institutionen. Besonders bedeutsam für die folgende Arbeit und damit die Beantwortung der Forschungsfrage sind aber die Punkte drei und vier: Der historische Institutionalismus betrachtet – drittens – die institutionelle Entwicklung unter besonderer Beachtung von nicht intendierten Konsequenzen und dem Konzept der Pfadabhängigkeit. Zudem zeichnet sich der historische Institutionalismus, viertens, dadurch aus, dass er bei der Institutionenanalyse auch den Beitrag solcher Faktoren wie Ideen und Überzeugungen und deren Bedeutung für den politischen *outcome* berücksichtigt (Hall/Taylor 1996, S.938).

Die gleichberechtigte Berücksichtigung von formellen und informellen Institutionen, die Berücksichtigung von Ideen und Überzeugungen (in diesem Fall post-sowjetischen) bei der Institutionenanalyse, die Betrachtung des institutionellen Wandels mit dem Konzept der Pfadabhängigkeit sowie insbesondere die Fähigkeit des historischen Institutionalismus „for understanding policy continuities over time within countries“ (Steinmo 1992, S.10) sind die Gründe für die Auswahl des historischen Institutionalismus als theoretischen Analyserahmen zur Beantwortung der Frage, warum trotz demokratischer Ursprungsverfassung keine Demokratisierung in Kirgistan stattgefunden hat. Deshalb sollen im Folgenden zunächst die Grundannahmen des historischen Institutionalismus erläutert werden, bevor das historisch-institutionalistische Konzept der Pfadabhängigkeit näher beleuchtet wird.

2.1 Grundannahmen des historischen Neo-Institutionalismus

Um die besondere Erklärungskraft der Theorie des historischen Institutionalismus für politische Kontinuitäten im Allgemeinen und für die institutionelle Entwicklung des post-sowjetischen Kirgistans im Besonderen nachvollziehen zu können, sollen im folgenden Abschnitt dessen Grundannahmen erläutert werden. Dabei spielen insbesondere das diskretionäre Verständnis von institutionellem Wandel sowie die Vorstellung, dass sich aktuelle politische Entwicklungen erst durch ihren historischen Kontext erklären lassen, eine herausragende Rolle (Peters/Pierre/King 2005, S.1276f.; Steinmo 2008, S.127f.). Dem zentralen Konzept des historischen Neo-Institutionalismus – der Pfadabhängigkeit – wird anschließend auf Grund seiner Bedeutung ein eigenes Kapitel gewidmet.

Namensgebend für den historischen Neo-Institutionalismus ist seine besondere Berücksichtigung von vergangenen Ereignissen. Dem historischen Neo-Institutionalismus

beziehungsweise dem historischen Institutionalismus (die Begriffe bezeichnen dasselbe und werden im Folgenden synonym verwendet) liegt nämlich das einfache Verständnis von „history matters“ (Steinmo 2008, S. 127) bzw. „take time seriously“ (Pierson/Skocpol 2002, S. 695) zu Grunde und basiert somit auf der Annahme, dass politische Entscheidungen oder Ereignisse, die zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen werden beziehungsweise stattfinden, von bereits vorangegangenen beeinflusst werden (vgl. insb. Steinmo 2008, S.127f.; Peters 1999, S.63ff.; North 1990, S.100).⁷

Gegenwärtige politische Prozesse und *Policy*-Entscheidungen von Akteuren lassen sich also nur im geschichtlichen Kontext verstehen. Berücksichtigt man dies, so lassen sich bei der Institutionenanalyse stets wiederkehrende Politikmuster erkennen: „Deeply embedded in the historical institutionalist literature lies an assumption that policymaking systems tend to be conservative and find ways of defending existing patterns of policy“ (Peters/Pierre/King 2005, S. 1276). Ausgehend von der Tatsache, dass vergangene institutionelle Entscheidungen noch immer Wirkungsmacht besitzen, sowie der Tendenz, dass innerhalb von politischen Systemen (*policymaking systems*) bestehende Politikmuster erhalten werden, gewinnt der Einfluss von sogenannten *legacies* an Bedeutung.⁸ Diese Hinterlassenschaften können als die erwähnten, bereits bestehenden Politikmuster, die tendenziell erhalten bleiben, gesehen werden und sind somit Teil der Grundannahmen des historischen Neo-Institutionalismus.⁹

Durch die Annahme, dass politische Systeme dazu tendieren, bestehende Politikmuster zu erhalten, gelingt es dem historischen Institutionalismus, politische Kontinuität zu erklären. Gleichzeitig muss er sich aber gegen den Vorwurf wehren, institutionellen Wandel nicht ausreichend darstellen zu können (vgl. Peters/Pierre/King 2005); durch das Verständnis eines diskretionär verlaufenden institutionellen Wandels und dessen Konzept der *critical junctures* wird aber versucht, diesem Vorwurf entgegenzuwirken.

⁷ Als Pionier dieser Erkenntnis gilt Peter A. Hall, der in seinem Buch *Governing the Economy* die Unterschiede der französischen und britischen Wirtschaftspolitik untersucht und ihre Differenz auf verschiedene historische Entwicklungen und Politikmuster zurückführt und dabei auch den Einfluss und die Bedeutung von Ideen bei der Institutionenanalyse aufzeigt (Hall 1986; vgl. Csigò 2002, S.43).

⁸ Eine genaue Definition des Begriffs, die Besonderheiten sowjetischer *legacies* und eine Operationalisierung, um solche Hinterlassenschaft im post-sowjetischen Kirgistan aufzeigen zu können, findet sich in Kapitel 2.3.

⁹ Passenderweise nennt sich das Kapitel zum historischen Institutionalismus in B. Guy Peters Buch: *Institutional Theory in Political Science – The „New Institutionalism“* auch „The Legacy of the Past: Historical Institutionalism“ (vgl. Peters 1999, S.63 – 77).

Der historische Neo-Institutionalismus geht in seinem Verständnis von Wandel davon aus, dass dieser nicht kontinuierlich, sondern vielmehr diskretionär verläuft. Das bedeutet, dass sich institutionelle Veränderungen nicht in einem stetigen Prozess vollziehen, sondern dass lange Phasen der institutionellen Stabilität von sogenannten *critical junctures*¹⁰ unterbrochen werden. Diese *critical junctures* können als Verzweigungspunkte oder kritische Weggabelungen der Geschichte gesehen werden, an denen die Grundlagen für eine institutionelle Entwicklung oder Konsolidierung gelegt werden können. So heißt es bei Collier/Collier: „A critical juncture may be defined as a period of significant change“ (Collier/Collier 1991, S.29) beziehungsweise etwas präziser bei Pierson/Skocpol: „Outcomes at a critical juncture trigger feedback mechanisms that reinforce the recurrence of a particular pattern into the future (Pierson/Skocpol 2002, S.699). Innerhalb der als kurze Zeitabschnitte zu verstehenden Verzweigungspunkte – auch als „formative moments“ bezeichnet (Peters/Pierre/King 2005, S. 1276) – besteht also die Möglichkeit, neue institutionelle Prioritäten und Zielvorgaben zu etablieren (Peters/Pierre/King 2005; Thelen/Steinmo 1992) und damit neue (pfadabhängige) Prozesse in Gang zu setzen: „Junctures are critical because they place institutional arrangements on paths or trajectories, which are then very difficult to alter. [...] and critical junctures constitute the starting points for many path-dependent processes (Capoccia / Kelemen 2007, S.342).

Critical junctures als Verzweigungspunkte in der Geschichte können also der Startpunkt für pfadabhängige Prozesse sein. Doch was versteht man unter dem Konzept der Pfadabhängigkeit? Diese Frage soll im nächsten Abschnitt geklärt werden.

2.2 Das historisch-institutionalistische Konzept der Pfadabhängigkeit

Das Konzept der Pfadabhängigkeit nimmt in dieser Arbeit eine Schlüsselrolle ein, lässt sich mit dessen Hilfe doch institutionelle Entwicklung gut nachvollziehen und erklären. Denn, so die grundlegende Annahme, formelle wie auch insbesondere die über einen längeren Zeitraum wechselresistenten informellen Institutionen weisen oftmals eine pfadabhängige Entwicklung auf, wie später am Beispiel Kirgistans zu sehen sein wird.

In der theoriegeschichtlichen Auseinandersetzung mit dem Pfadabhängigkeitskonzept in den Sozialwissenschaften,¹¹ insbesondere in der Institutionenanalyse kann zwischen einem

¹⁰ Der Begriff der *critical junctures* in der Politikwissenschaft geht auf eine Arbeit von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan aus dem Jahr 1967 zurück (vgl. Lipset/Rokkan 1967, S.47).

¹¹ Ursprünglich stammt das Pfadabhängigkeits-Konzept aus den Wirtschaftswissenschaften und bezeichnet eine gewisse Form von Marktversagen und erklärt, warum sich bestehende Technologien durchsetzen,

weiteren und einem engeren Konzept unterschieden werden (vgl. Pierson 2000). Das weitere Verständnis bezieht sich auf die bereits als Grundannahme des historischen Institutionalismus dargestellte Annahme, dass „history matters“, also jetzige Entscheidungen von früheren beeinflusst werden („what happened at an earlier point in time will affect the possible outcomes of a sequence of events occurring at a later point in time“ - Sewell 1996, S.262f.). Dieses Verständnis der historischen Importanz liegt dieser Arbeit in jedem Fall zu Grunde. Um aber mit Hilfe der Pfadabhängigkeit sowohl die institutionelle Entwicklung im post-sowjetischen Kirgistan nachzuvollziehen als auch eine mangelnde Demokratisierung erklären zu können, muss das Konzept enger gefasst werden.

Zur Operationalisierung und Veranschaulichung lässt sich die pfadabhängige Entwicklung in drei Phasen unterteilen (Lehmbruch 2002, S.12f.). Die im vorangegangenen Kapitel dargestellten geschichtlichen Verzweigungspunkte, an denen eine institutionelle Neuausrichtung stattfinden kann, stellt dabei die erste Phase dar. Darauf folgt die eigentliche, von „self-reinforcement positive feedback“ (Krasner 1988, S.83) geprägte Phase der Pfadabhängigkeit, welche erst wieder von der dritten Phase, einer erneuten *critical juncture*, unterbrochen wird, in der es entweder zu institutionellem Wandel oder einer Reproduktion der Institutionen kommt (Lehmbruch 2002, S.13ff.).

Der selbstverstärkende Charakter positiver¹² Rückkoppelung einer pfadabhängigen Entwicklung kann am besten am mathematischen Beispiel der Polya-Urne illustriert werden: In einer Urne befinden sich eine schwarze und eine rote Kugel. Nachdem bei der ersten Ziehung die rote Kugel gezogen wurde, legt man zusätzlich zur ersten roten Kugel eine zweite rote Kugel in die Urne. Anschließend wird wieder eine Kugel aus der Urne genommen und erneut eine Kugel derjenigen Farbe hinzugelegt, die gezogen wurde. Diese Prozedur wird solange durchgeführt, bis die Urne voll ist. Die Pfadabhängigkeit dieses Prozesses liegt dementsprechend darin, dass die Wahrscheinlichkeit, welche Farbe die gezogene Kugel hat, davon abhängt, welche Farbe zuvor wie oft gezogen wurde. Je öfter also eine Farbe gezogen wurde, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass diese bei der nächsten Ziehung wieder aus der Urne geholt wird. Frühe Ziehungen haben also einen vergleichsweise großen Einfluss auf spätere (Pierson 2000, S.253).

obwohl überlegene Technologien existieren. Berühmtestes Beispiel dafür ist die „QWERTY“-Belegung der Schreibmaschinentastatur (vgl. David 1985).

¹² Positiv meint in diesem Fall keine wünschenswerte Entwicklung, sondern lediglich, dass die Zunahme eines Faktors zur weiteren Zunahme dieses Faktors führt.

Pierson leitet daraus vier Charakteristika von selbstverstärkenden Prozessen ab, die auch für pfadabhängige institutionelle Entwicklungen gelten: Unvorhersehbarkeit, Unflexibilität, Nonergodizität und eine potentielle Pfadineffizienz. Erstens lässt sich auf Grund der Bedeutung von frühen Ereignissen keine Voraussage für eine zukünftige Entwicklung voraussagen, da zu Beginn einer pfadabhängigen Entwicklung zahlreiche Ergebnisse möglich sind. Am Beginn eines Pfades lässt sich also nicht vorhersagen, was an dessen Ende steht. Während – zweitens – zu Beginn einer pfadabhängigen Entwicklung ein Umkehren beziehungsweise ein Pfadwechsel noch vergleichsweise einfach möglich ist, wird ein Wechsel umso schwieriger, je länger man sich auf dem Pfad befindet. „Once actors have ventured far down a particular path, however, they are likely to find it very difficult to reverse course. Political alternatives that were once quite plausible may become irretrievably lost” (Pierson/Skocpol 2002, S.699f.). In Bezug auf eine pfadabhängige Entwicklung von Institutionen heißt das, es kommt zu sogenannten *lock-in*-Effekten, d.h. immer mehr institutionelle Alternativen werden ausgeschlossen, während sich bestehende Institutionen verfestigen und einschließen: „Die theoretisch verfügbare Bandbreite an Handlungsalternativen nimmt mit zeitlichem Abstand zu einer kritischen Weggabelung kontinuierlich ab“ (Broschek 2005, S.242).

Die Nonergodizität selbstverstärkender Rückkoppelung bezieht sich auf den dritten Punkt von Hall/Taylor (1996), dass nämlich der historische Institutionalismus unintendierte Konsequenzen bei der Institutionenanalyse berücksichtigt. Selbst kleine Entscheidungen können – treten sie beispielsweise am Beginn eines Pfades auf – vergleichsweise großen Einfluss auf das Ergebnis haben und sind keineswegs vernachlässigbar oder als Randnotiz zu behandeln. Die mögliche Pfadineffizienz als viertes Charakteristikum beschreibt das Phänomen, dass der tatsächlich eingeschlagene Pfad möglicherweise geringere Erträge erbringt als ein zu Beginn der Entwicklung noch möglicher Alternativpfad. Auf Grund der Unflexibilität von pfadabhängigen Entwicklungen und der bereits entstandenen *lock-in*-Effekte ist ein Pfadwechsel aber nicht möglich (Pierson 2000, S.253; Arthur 1994, S.112f.). Ausdruck einer politischen Pfadineffizienz wäre beispielsweise eine Autokratisierung statt einer Demokratisierung. Die potentiell beste Regierungsform einer Demokratie stellt hierbei die sich nicht durchsetzende pfadineffizientere Möglichkeit dar, die Autokratie als „schlechtere“ Regierungsform setzt sich trotz weniger erfolgreichen *outputs* durch und kann somit als Pfadineffizienz angesehen werden.

2.3 „The burden of the past“: *Legacies* als überdauernde Politikmuster

Dass politische Systeme dazu tendieren, bestehende Politikmuster zu erhalten, ist eine der Grundannahmen des historischen Institutionalismus und wurde bereits in Kapitel 2.1 verdeutlicht. Wie diese Hinterlassenschaften, sog. *legacies*, durch selbstverstärkende Rückkopplungseffekte Einfluss auf aktuelle Entscheidungen ausüben, kann mit Hilfe des soeben beschriebenen Pfadabhängigkeitskonzepts nachvollzogen werden. Im folgenden Kapitel soll deshalb, bevor eine genaue Begriffserläuterung der Hinterlassenschaften erfolgt, zunächst erklärt werden, warum *legacies* den entscheidenden Faktor für die post-sowjetische Demokratisierung bzw. Autokratisierung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion darstellen. Anschließend sollen insbesondere konkrete Ausprägungen sowjetischer Vermächnisse beschrieben werden, um deren pfadabhängige Entwicklung im nächsten Kapitel als entscheidenden Faktor für die mangelnde Demokratisierung im post-sowjetischen Kirgistan herauszuarbeiten.

Dass *legacies* zu Beginn des Transformationsprozesses nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion maßgeblich darüber entschieden haben, welcher Pfad eingeschlagen wurde, betont Ekiert: „[...] legacies of the communist period had the most important impact on specific paths of reform and types of transformation unfolding across the region during the first decade of postcommunism“ (Ekiert 2003, S.89). Impliziert ist, dass andere Erklärungsansätze zwar möglich sind, im Vergleich zur sowjetischen Erblast aber eine relativ geringe Erklärungskraft für Demokratisierung haben.

Weder das Abschneiden der ehemaligen kommunistischen Partei bei den ersten post-kommunistischen Wahlen (vgl. Fish 1997) beziehungsweise die Machtverhältnisse zwischen Demokraten und autokratischen Akteuren kurz nach dem Zusammenbruch (vgl. McFaul 2002), noch externe Konditionalität durch einen möglichen EU-Beitritt (vgl. Kurtz/Barnes 2002) liefern im Gegensatz zum *legacy*-Ansatz hinreichende Erklärungen für einen erfolgreichen oder gescheiterten Demokratisierungsprozess (vgl. Pop-Eleches 2007).

Selbst die Betrachtung formell-institutioneller Entscheidungen – wie die Wahl eines parlamentarischen oder eines präsidentiellen Regierungssystems oder die verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Parlaments (vgl. Bunce 1997; vgl. Fish 2006) zu Beginn des postsowjetischen Ära – alleine ist nicht ausreichend, um eine mangelnde Demokratisierung zu erklären: „formal institutions cannot and do not play the decisive role in democratic consolidation“ (Alexander 2001, S.249). Keiner der genannten Faktoren

alleine kann eine positive oder negative Entwicklung der Demokratiebemühungen in der ehemaligen Sowjetunion erklären.

Das *legacy*-Konzept basiert auf dieser Negation monokausaler Zusammenhänge: einzelne Hinterlassenschaften haben keine hinreichende Erklärungskraft für einen erfolgreichen bzw. gescheiterten Demokratisierungsprozess. Erst im Zusammenspiel untereinander und im Ausmaß ihres Auftretens sorgen die einzelnen Faktoren für günstige oder ungünstige Bedingungen für eine Demokratisierung. Die Stärke des Ansatzes liegt somit darin, dass unter Berücksichtigung von zahlreichen Variablen ein Katalog erstellt werden kann, der sowohl günstige als auch ungünstige Voraussetzungen zu Beginn eines Demokratisierungspfades aufzeigt. Faktoren, die sich bereits in der Vergangenheit als ungünstig bzw. defizitär gezeigt haben und in das neue politische System übernommen werden, können als *legacies* oder Hinterlassenschaften bezeichnet werden: „legacies indicate institutional pathologies contaminated with the deficiencies of the old regime obstructing the process of transformations: the future cannot be realized because the past cannot be overcome“ (Grabher/Stark 2006, S.4). Solche Hinterlassenschaften haben also einen negativen Einfluss auf Demokratisierungsprozesse.

Damit nimmt also die Vergangenheit auch im Verständnis von Hinterlassenschaften, als elementarem Bestandteil des Historischen Institutionalismus, eine exponierte Stellung ein: „Legacy explanations usually highlight the *burden of the past*, understood as a set of factors likely to impede the formation of modern democratic polities [...] in the postcommunist context“ (Ekiert/Hanson 2003, S.5). Das angesprochene Faktorensatz umfasst dabei zahlreiche Variablen und bezieht sich meist auf Politikmuster des Vorgängerregimes, die komplett übernommen wurden oder deren Funktionslogik zumindest erhalten geblieben ist.

So unterscheidet Pop-Eleches (2007) zwischen fünf Schlüsseldimensionen der Hinterlassenschaften und berücksichtigt dabei neben geografischen und ökonomischen Faktoren insbesondere formelle und informelle Merkmale: Als erste Dimension nennt er die Bedeutung der geografischen Lage des Landes und damit insbesondere die Nähe zur EU und die Existenz einer Grenze zu einem EU-Land.¹³ Denn es wird davon ausgegangen, dass eine möglichst geringe Distanz zur EU auf Grund einer möglichen

¹³ Neben den zu Beginn des Kapitels 2.3 aufgeführten Erklärungsmöglichkeiten stellt auch die geografische Nähe zur EU in manchen anderen Erklärungsansätzen bereits das entscheidende Merkmal für eine erfolgreiche Demokratisierung dar (vgl. Levitsky/Way 2007)

Beitrittsperspektive und der daraus resultierenden Anreize förderlich für eine Demokratisierung sei (vgl. Pop-Eleches 2007, S.911f.).

Das kulturelle und religiöse Erbe stellt die zweite Überkategorie dar. Dabei wird unterschieden zwischen einer christlich oder einer muslimisch geprägten Gesellschaft sowie der ethnischen Homogenität innerhalb des Landes. Diesen Variablen liegt die Annahme zu Grunde, dass eine muslimisch geprägte und/oder ethnisch heterogene Gesellschaft einer erfolgreichen Demokratisierung entgegenwirkt (vgl. Pop-Eleches 2007, S.911f.).¹⁴ Unter Berücksichtigung des „Dilemmas der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991) der post-kommunistischen Staaten, neben der Transformation des politischen Systems auch einen Wechsel von einem kommunistischen zu einem kapitalistischen Wirtschaftssystem vornehmen zu müssen, spielen als dritte Dimension ökonomische Erblasten eine Rolle. Diese sollen an dieser Stelle lediglich der Vollständigkeit halber genannt werden. Ebenso wie der Einfluss der vierten Dimension, der sozioökonomischen Entwicklung, werden sie für die nachfolgende Analyse der mangelnden Demokratisierung Kirgistans auf Grund post-sozialistischer Hinterlassenschaften aber vernachlässigt.

Die fünfte *legacy*-Dimension hingegen – die institutionellen Hinterlassenschaften – steht bei der folgenden Untersuchung der gescheiterten post-sowjetischen Demokratisierung in Kirgistan im Zentrum der Analyse. So beschreibt der institutionelle *legacy*-Begriff, wie er im Folgenden verwendet wird, sowohl bereits bestehende formelle und informelle Politikmuster aus Sowjetzeiten, die den Zusammenbruch überstanden haben, als auch vordergründig „neue“ Politikmuster, deren Funktionslogik aber stark an die bekannten Verfahrensweisen der Sowjetunion angelehnt ist und die somit als ungünstige institutionelle Faktoren für Demokratisierung bezeichnet werden können.

Dabei spielen im kirgisischen Fall als sowjetische Hinterlassenschaften formell-institutioneller Natur insbesondere die „Wahl des Wahlsystems“ (Stykov 2010a) sowie die Entscheidung für ein präsidentielles Regierungssystem mit seiner in der Verfassung verankerten starken Stellung des Präsidenten eine wichtige Rolle. Informelle Hinterlassenschaften, die es in Bezug auf Kirgistan besonders zu berücksichtigen gilt, sind der patronale Präsidialismus als Ausprägung eines neopatrimonialen Regimes sowie die

¹⁴ Zusätzlich kann man an dieser Stelle noch weiter in der Geschichte zurückgehen und beispielsweise osmanische Vermächtnisse identifizieren, wie es beispielsweise Todorova (2000) auf dem Balkan macht. Dies soll für die vorliegende Arbeit aber genauso wenig eine Rolle spielen, wie Bunces bis in die Habsburgerzeit zurückgehender Ansatz der „imperial legacies“ (Bunce 2005).

religiöse und ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft, was bei Pop-Eleches als „*cultural / religious heritage*“ (Pop-Eleches 2007, S.910) bezeichnet wird.

2.3.1 Formell-institutionelle Hinterlassenschaften

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der daraus resultierenden Notwendigkeit, in den neuen Staaten neue Verfassungen einzuführen, gewann das sogenannte *constitutional engineering*, also die Konstruktion von Verfassungen, zunehmend an Bedeutung. Innerhalb dieses Prozesses stellen die Wahl des Regierungssystems (parlamentarisch oder präsidentiell), sowie die Entscheidung für ein Wahlsystem (Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht) die wichtigsten *constitutional choices* dar (vgl. Sartori 2002). Sowohl die Wahl des Regierungs- als auch des Wahlsystems dienen dementsprechend als Indikatoren, ob sich innerhalb der neuen Verfassung des post-sowjetischen Staates formell-institutionelle Hinterlassenschaften aus Sowjetzeiten befinden.

Die Unterscheidung des Wahlsystems erfolgt anhand der Differenzierung zwischen den beiden Grundtypen der Mehrheits- und der Verhältniswahl. Beide Systeme lösen dabei den Zielkonflikt demokratischer Wahlen (Repräsentativität vs. Regierbarkeit) unterschiedlich. Während Letzteres darauf abzielt, den Wählerwillen möglichst genau abzubilden, steht beim Mehrheitswahlrecht die Bildung klarer Gewinner zu Gunsten der Regierbarkeit im Vordergrund (Sartori 2002, S.5; Stykow 2010a, S.55). Trotz der großen Unterschiede zwischen den beiden Idealtypen ist die Festlegung auf einen der beiden Modi als *best case* nicht möglich. Bezüglich einer Demokratisierung lässt sich aber durchaus feststellen, dass auf Grund der proportionalen Stimmenübertragung ein Verhältniswahlrecht in jungen Demokratien einem Mehrheitswahlrecht vorzuziehen ist (Stykov 2010a, S.55f.). Berücksichtigt man zudem, „dass die Kommunisten [...] für ein Mehrheitswahlrecht in Einerkreisen votierten, während die Opposition die Verhältniswahl nach Parteilisten im nationalen Wahlkreis bevorzugte“ (Stykov 2010a, 60f.), wird der Einfluss der sowjetischen Vergangenheit bei der Entscheidung für ein Wahlsystem deutlich. Die Präferenz der Nomenklatura für ein Mehrheitswahlsystem lässt sich dadurch erklären, dass es dem bekannten Abstimmungsmodus aus Sowjetzeiten am nächsten kam (Nohlen/Kasapovic 1996, S.165). Die Einführung eines Mehrheitswahlsystems nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kann somit als sowjetische Hinterlassenschaft angesehen werden (vgl. Stykov 2010a, S.66).

Die zweite formell-institutionelle *legacy*, die sich in den post-sowjetischen Ländern wiederfindet und als solche identifiziert werden kann, ist die Einführung eines präsidentiellen Regierungssystems. Bei der Wahl des Regierungssystems verhält es sich wie bei der Präferenzierung des Verhältnis- vor dem Mehrheitswahlrecht bei jungen Staaten: es gibt kein grundsätzlich besseres oder schlechteres System, dennoch scheint ein parlamentarisches System bessere Voraussetzungen zur Demokratisierung bereitzustellen als ein präsidentielles. Es gilt, „that the presence of a powerful legislature is an unmixed blessing for democratization“ (Fish 2006, S.5). Während eine starke Stellung des Parlaments neben dem größeren Anreiz zur Parteienbildung durch die erhöhte horizontale Verantwortlichkeit auch für eine bessere Kontrolle des Präsidenten sorgt (Fish 2006, S.18), kann eine präsidentiale Dominanz durch die qua Verfassung zugesicherten Kompetenzen zu einem Machtmissbrauch und damit zu einer Aushöhlung formal-demokratischer Institutionen führen und dadurch Demokratisierungsversuche unterminieren (Linz/Valenzuela 1994).

In Bezug auf die Wahl eines Regierungssystems in den post-sowjetischen Staaten lässt sich festhalten, dass die Einführung eines präsidentiellen Regierungssystems einen Hinweis auf eine konsolidierte Elite darstellt. Ziel dieser Akteure war es einerseits, ihren im alten Regime vorhandenen Zugang zur Macht zu erhalten und diesen andererseits anderen Akteuren zu verwehren (vgl. Easter 1997, S.189).

Die Einführung eines präsidentielles Regierungssystems birgt also einerseits die Gefahr durch potentiellen Machtmissbrauch einer Demokratisierung entgegenzuwirken. Andererseits bietet es den alten Eliten durch seine originären Merkmale einer strikten Trennung von Exekutive und Legislative sowie festen Präsidentialamtszeiten bessere Voraussetzungen, den Zugang zu staatlichen Ressourcen zu erhalten und zeigt somit den Einfluss bestehender Politikmuster auf: „The particular institutional features of presidentialism [...] were used by old regime elites to establish a proprietary claim on the state’s power resources. For these old regime elites, presidentialism provided a buffer against the encroachments of democracy, liberalization, and the market“ (Easter 1997, S.189). Aus diesen beiden Faktoren lässt sich also ableiten, dass es sich bei der Einführung eines präsidentiellen Regierungssystems um eine sowjetische Hinterlassenschaft handelt.

2.3.2 Informell-institutionelle Hinterlassenschaften

Im Gegensatz zu den formell-institutionellen Hinterlassenschaften, die durch eine Untersuchung der Verfassung identifiziert werden können, sind die informell-institutionellen *legacies* nicht kodifiziert und finden sich größtenteils in der Herrschaftspraxis wieder. Der patronale Präsidialismus stellt eine solche informell-institutionelle Hinterlassenschaft dar, denn diese „Mischform aus bürokratischen und personalistischen Mechanismen“ (Styckow 2010b, S.145) umfasst neben der starken Stellung des Präsidenten in der Verfassung insbesondere herrschaftspraktische Merkmale.

So beruht das Institutionenset des patronalen Präsidialismus hauptsächlich darauf, dass die (informellen) Netzwerke aus Sowjetzeiten intakt bleiben und der Präsident dadurch – neben seiner verfassungsrechtlich starken Stellung – auch über große, durch persönliche Loyalität abgesicherte, informelle Macht verfügt. Hale beschreibt den patronalen Präsidialismus dementsprechend mit einem Institutionengefüge, das dem Präsidenten große formelle und informelle Macht einräumt, und mit einer durch eine klientelistische Herrschaftsweise entstandene Abhängigkeit wirtschaftlicher Eliten (vgl. Hale 2006, S.306f.). Angesichts der aufgeführten Kennzeichen kann festgehalten werden, dass es sich beim Vermächtnis des patronalen Präsidialismus um ein neopatrimoniales Regime handelt, dessen Eigenschaften Bratton und van der Walle in Bezug auf Afrika mit Präsidialismus, Klientelismus und der Ausnutzung von staatlichen Ressourcen zur politischen Legitimierung angeben (Bratton/van der Walle 1997, S.61ff). Die Tatsache, dass die informelle Macht, der Klientelismus und die Ausnutzung staatlicher Ressourcen der neopatrimoniales Regime im post-sowjetischen Kontext in großem Maß mit dem Fortexistieren informeller Netzwerke über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinaus verbunden sind, macht aus dem patronalen Präsidialismus eine informell-institutionelle Hinterlassenschaft.

Formell-institutionelle Entscheidungen wie die Wahl des Regierungs- oder Wahlsystems stehen oftmals am Beginn eines pfadabhängigen Prozesses. Vergleichsweise kleine Entscheidungen zu Beginn einer pfadabhängigen Entwicklung haben durch die selbstverstärkende Rückkopplung verhältnismäßig großen Einfluss auf spätere Ereignisse. Demzufolge behindern *legacy*-belastete Institutionen Demokratisierung. Und so soll im nächsten Abschnitt gezeigt werden, dass sich die mangelnde Demokratisierung im post-sowjetischen Kirgistan auf eine pfadabhängige Entwicklung von sowjetischen Hinterlassenschaften in Verfassung und Gesellschaft zurückführen lässt.

3 Die pfadabhängige Entwicklung formell- und informell-institutioneller Hinterlassenschaften im post-sowjetischen Kirgistan

Die im August 1991 gegründete Republik Kirgistan hat zwei Jahrzehnte des institutionellen Wandels hinter sich. Dabei lässt sich deutlich eine pfadabhängige Entwicklung von Hinterlassenschaften sowohl formeller als auch informell-institutioneller Natur erkennen und als Grund für mangelnde Demokratisierung identifizieren. Im Folgenden soll neben der informellen Hinterlassenschaft des patronalen Präsidentialismus insbesondere die Verfassungsentwicklung im Vordergrund stehen: Seit der Unabhängigkeit hat die zentralasiatische Republik nicht weniger als sieben verschiedene Verfassungen mit zwei verschiedenen Regierungssystemen und drei unterschiedlichen Wahlsystemen sowie zwei gewaltsame Machtwechsel erlebt.

Entsprechend dem diskretionär verlaufenden institutionellen Wandel und der Unterscheidung zwischen *critical junctures* und pfadabhängigen Phasen der Stabilität kann auch bei der institutionellen Entwicklung in Kirgistan zwischen diesen beiden Kategorien unterschieden werden. Mit Hilfe der Einteilung in fünf Phasen – drei *critical junctures* und zwei mehr oder weniger stabile Phasen der pfadabhängigen Entwicklung – kann dabei besonders die pfadabhängig-verlaufende Konservierung institutioneller *legacies* als Grund für mangelnde Demokratisierung verdeutlicht werden. Deswegen wird im Folgenden bei der Darstellung des institutionellen Wandels im postsowjetischen Kirgistan unterschieden zwischen den *critical junctures* des sowjetischen Zusammenbruchs und der ursprünglichen Verfassungsgebung (1), der Tulpenrevolution, Kirgistans Bunter Revolution (3) sowie dem gewaltsamen Regimezusammenbruch Bakijews mit der anschließenden Verfassunsnovelle (5) einerseits und den stabilen Phasen der pfadabhängigen Entwicklung der Institutionen in der Akaev-Ära von 1994 - 2005 (2) und unter dem Bakijew-Regime (2005 – 2010) (4) andererseits.

3.1 Erste *critical juncture*: Zusammenbruch der Sowjetunion und demokratische Ursprungsverfassung (1991 – 1993)

Der Zusammenbruch der Sowjetunion stellt zweifelsohne die erste *critical juncture* in der Geschichte des institutionellen Wandels in Kirgistan dar, galt es doch wie für alle Nachfolgestaaten, unter dem Einfluss der sowjetischen Vergangenheit, neue Institutionen festzulegen und zu etablieren. Es fand also keinesfalls eine Tabula Rasa-Transformation

statt (Osterberg 2008, S.23), bei der die Vergangenheit vernachlässigt werden konnte.¹⁵ Vielmehr versuchten einige Staaten sich sehr deutlich vom formellen Institutionenset der Sowjetunion abzugrenzen, wohingegen sich die zentralasiatischen Staaten insbesondere in den konstitutionellen Schlüsselbereichen stark am sowjetischen System orientierten.

Dennoch galt Kirgistan nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunächst als „Insel der Demokratie“ (Anderson 1999; Koichumanov/Otorbayev/Starr 2005, S.25) inmitten eines Meeres von zentralasiatischen Autokratien und als „Schweiz Zentralasiens“ (Huskey 2002, S.75), da die Ursprungsverfassung von 1993 durchaus demokratischen Kriterien entsprach. Zudem hatte der Kompromisskandidat für das Präsidentenamt Askar Akaev – im Gegensatz zu den Präsidenten der zentralasiatischen Nachbarstaaten – keine politische Funktionärskarriere in der Sowjetunion absolviert (Spector 2004; Dukenbaev/Hansen 2003; Reinecke 1995). Dementsprechend wohlwollend wurde Kirgistan in westlichen Ländern gesehen und fast überschwänglich gelobt für seine „weitreichende Reformbereitschaft, politische Öffnung und Respektierung der Menschenrechte“ (Reinecke 1995, S.1).

Nach Vorbild westlicher Demokratien verabschiedete die kirgisische Bevölkerung 1993 in einem Referendum die erste Verfassung der neuen Kirgisischen Republik (Kirgistan).¹⁶ Die erste Verfassung sah ein präsidentielles Regierungssystem vor, in dem der Präsident zwar das Staatsoberhaupt ist (Artikel 7 und 42), für fünf Jahre (Artikel 43.1) und für nicht mehr als zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten (Artikel 43.2) direkt vom Volk (Artikel 1.6 und 44) gewählt wird und ihm große Kompetenzen¹⁷ eingeräumt wurden (Artikel 46 – 53). Dennoch wurden ihm keine Gestaltungsmöglichkeiten im Gesetzgebungsprozess zugewilligt (Luchterhandt 2002, S. 292ff.).

Trotz der Entscheidung für ein präsidentielles Regierungssystem und damit der Institutionalisierung einer formell-institutionellen Hinterlassenschaft, genügte die

¹⁵ An dieser Stelle wird erneut die Bedeutung von „History matters“ (Steinmo 2008, S. 127) unterstrichen. Frühere Ereignisse beeinflussen spätere Entscheidungen.

¹⁶ In Artikel 1 der Verfassung von 1993 heißt es: „The Kyrgyz Republic (Kyrgyzstan) is a sovereign, unitary, democratic Republic, constructed on the basis of a legal secular state“ (Verfassung 1993). Im vorherigen Aushandlungsprozess zwischen der Präsidentschaft und dem Parlament hatte sich Akaev mit seiner Forderung nach einem präsidentiellen Regierungssystem durchgesetzt. Sein ausschlaggebendes Argument war, dass Kirgistan bei einer Entscheidung für eine starke Legislative eine Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts drohe (vgl. Spector 2004, S.18).

¹⁷ U.a. die Ernennung des Premierministers und weiterer wichtiger Posten auf nationaler und regionaler Ebene, Vetorecht gegenüber dem Parlament, sowie die Möglichkeit „Fragen des Staatslebens zum Gegenstand eines Referendums zu machen“ (Artikel 46, Punkt 5.2, zit.n. Luchterhandt 2002,S.296); vgl. Dukenbaev/Hansen 2003, S.30.

Verfassung formal-demokratischen Ansprüchen. Kirgistan befand sich im Anschluss an die initiale Verfassungsgebung von 1993 nach Jahren der politischen Stabilität der Sowjetunion am Beginn eines neuen pfadabhängigen Prozesses.

Obwohl Graubner/Wolters festhalten: „Formell gesehen hatte Kirgistan alle Attribute demokratischer Staatlichkeit – eine in der Verfassung festgeschriebene Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative, regelmäßige Wahlen, Grund- und Menschenrechte“ (Graubner/Wolters 2007, S.196), war gemäß den Pfadabhängigkeitskriterien der Unvorhersehbarkeit und potentiellen Pfadineffizienz (Hall/Taylor 1996), aber entgegen den Demokratisierungs-Hoffnungen westlicher Beobachter nicht vorherzusagen, in welche Richtung sich Kirgistan entwickeln würde. Eine Demokratisierung als beste Alternative wäre zwar möglich gewesen, stellte aber keinesfalls die einzige Entwicklungsrichtung dar. Auf Grund der Tatsache, dass sich nicht zwangsläufig immer der „beste“ Pfad durchsetzt, lag deshalb ebenso eine Autokratisierung im Bereich des Möglichen. Und tatsächlich kommt es im post-sowjetischen Kirgistan nicht zu einer Konsolidierung der Demokratie, sondern es entwickelt und etabliert sich im folgenden Jahrzehnt der politischen Stabilität durch selbstverstärkende Feedback-Effekte die autokratische Herrschaftspraxis eines patronalen Präsidentialismus.

3.2 Die Ära Akaev: Der Pfad in die Autokratie (1994 – 2005)

1994, also bereits ein Jahr nach Inkrafttreten der ersten Verfassung, initiierte Präsident Akaev ein Referendum, dessen Ziel es war, einerseits das Parlament (*jogorku kenesh*) zu schwächen und andererseits die Position des Präsidenten zu stärken. Entgegen dem ursprünglichen Kompromiss¹⁸ eine unikammerale Legislative mit größerer Repräsentativität zu schaffen (vgl. Collins 2006, S.184f.), teilte Akaev das Parlament: Aus einer Kammer mit 105 Vertretern wurden zwei Kammern mit 70 bzw. 35 Abgeordneten. Durch diese mittels Referendum durchgeführte Transformation des unikammeralen Systems in eine bikammerale Organisationsstruktur durchbrach Akaev das Legislativmonopol des Parlaments und sicherte sich zusätzlich noch das Recht, auch die Verfassung per Referendum zu ändern (Luchterhandt 2002, S.296).

¹⁸ Der Kompromiss war im Vorfeld der ersten Verfassungsgebung 1993 zwischen Vertretern von Exekutive und Legislative ausgehandelt worden, da sich beide Seiten beim Entwurf der Verfassung möglichst große Kompetenzen sichern wollten.

Bereits kleinere Ereignisse, besonders am Beginn einer pfadabhängigen Entwicklung, dürfen nicht vernachlässigt werden, denn sie können einen vergleichsweise großen Einfluss auf die spätere Entwicklung haben – so lässt sich das Pfadabhängigkeits-Merkmal der Nonergodizität beschreiben. Das Verfassungsreferendum von 1994 stellt ein solches Ereignis dar, das im Vergleich zu späteren Reformen geringe formale Korrekturen vornimmt, aber dennoch einen ersten Hinweis auf die anschließende pfadabhängig-verlaufende Verstärkung der Hinterlassenschaften gibt, welche zu einer Autokratisierung führt.

Die Wahl der Abgeordneten in der nun zweigeteilten Legislative erfolgte bei der ersten post-sowjetischen Parlamentswahl 1995 im Anschluss an einen langen Aushandlungsprozess nach absolutem Mehrheitswahlrecht in Ein-Mann-Wahlkreisen (vgl. Jones Luong 2000; Jones Luong 2002, S.156ff.; Collins 2006, S.185). Mit der Entscheidung für ein Mehrheitswahlssystem übernahm Kirgistan eine weitere Hinterlassenschaft aus Sowjetzeiten. Somit bleibt festzuhalten, dass sich Kirgistan in den beiden Kernbereichen des *constitutional engineering* stark am sowjetischen System orientierte und die formell-institutionellen Schlüsseldimensionen Regierungs- und Wahlsystem von *legacies*, nämlich einem präsidentiellen System mit Mehrheitswahlrecht geprägt waren.

Bereits die Wiederwahl Akaevs zum Präsidenten im Dezember 1995 war auf Grund der Vorverlegung des Termins und des teilweisen Ausschlusses von Gegenkandidaten verfassungsrechtlich nicht unumstritten.¹⁹ Der weitere Ausbau der verfassungsrechtlichen Kompetenzen und damit der präsidentialen Dominanz gegenüber der Legislative mit Hilfe eines weiteren Verfassungsreferendums 1996 stellt gleichzeitig den Beginn einer Reihe von Verfassungsreformen zur Stärkung der Stellung des Präsidenten sowie den endgültigen Start einer pfadabhängigen Entwicklung hin zu einer Autokratie dar: Kernbestandteil des Referendums war die Erweiterung der Macht des Präsidenten durch die Erteilung der Rechte, alle Regierungsmitglieder ohne Zustimmung des Parlaments sowie die lokalen Verwaltungschefs und die Richter zu ernennen (Kachkeev 2008a, S.59; Luchterhandt 2002, S.296f.).

Nachdem Akaev endgültig den autokratischen Pfad eingeschlagen hatte, sicherte er seine Macht auch zunehmend formell-institutionell ab, um Legitimitätszweifeln auf Grund von

¹⁹ Vgl. hierzu Hermann/ Johann 1996, S.2f.

Verfassungsbrüchen entgegenzuwirken. „Political actors of course are not unaware of the deep and fundamental impact of institutions, which is why battles over institutions are so hard fought. Reconfiguring institutions can save political actors the trouble of fighting the same battle over and over again“ (Steinmo 1992, S. 9).

In einem weiteren Verfassungsreferendum – dessen Ausgang manipuliert wurde und das sowjetische Zustimmungswerte erreichte (Dukenbaev/Hansen 2003, S.30) – entmachtete Akaev im Oktober 1998 das Parlament durch Zentralisierung weiter, indem er ihm die letzten verbliebenen Rechte entzog, die Sitzverteilung der beiden Kammern umkehrte und die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten vereinfachte. Der Verlust der politischen Richtliniengewalt und des Rechts auf Mitbestimmung bei der Ministerakklamation kam einer faktischen Entmachtung des Parlaments gleich (Luchterhandt 2002, S.297). Das Präsidentenamt wurde hingegen in dieser weitreichenden Verfassungsnovelle weiter gestärkt. Der Präsident besaß nun sowohl die Richtliniengewalt über die Innen- und Außenpolitik (Verfassung 1998 Artikel 46.3 A), als auch das Recht, sämtliche Exekutivbeamten zu entlassen und – mit Ausnahme des Ministerpräsidenten dessen Ernennung noch die Zustimmung des Parlaments benötigte – auch wieder neu einzusetzen (Verfassung 1998 Artikel 46.1 B-F; 46.2 E).

Die Umkehrung der Sitzverteilung und die damit einhergehende Kompetenzverschiebung verstärkten den Trend der faktischen Entmachtung der Legislative weiter (Luchterhandt 2002).²⁰ Zudem sah das Referendum eine Wahlrechtsreform vor, in deren Zuge eine Umstellung von einem Mehrheits- auf ein Grabenwahlsystem erfolgte (vgl. Luchterhandt 2002, S.297), nach welchem die Parlamentswahlen 2000 abgehalten wurden.

Im selben Jahr trat Akaev seine verfassungsrechtlich höchst fragwürdige dritte Amtszeit an. Hieß es zwar auch noch in der veränderten Verfassung von 1998 in Artikel 43.2 „The same person cannot be elected President for more than two consecutive terms“, so argumentierte Akaev aber, dass es sich erst um seine zweite Amtszeit handele, weil er seine erste angetreten habe, bevor die Verfassung 1993 in Kraft trat. Die Verfassungsrichter, die er seit dem Referendum 1996 ernennen durfte, billigten diese

²⁰ Die Aufgabe der Gesetzgebungsversammlung schrumpfte auf die „adoption of laws of the Kyrgyz Republic“ (Verfassung 1998, Artikel 58). Die zunehmend stärkere, lediglich periodisch tätige Volksvertreterversammlung, die sich nach regionalem Proporz zusammensetzte, bestand auf Grund des Rechts des Präsidenten, die regionalen Verwaltungschefs zu ernennen, mehr und mehr aus Akaev-Vertrauten, deren Loyalität er sich durch die Amtsernennung gesichert hatte (Luchterhandt 2002).

Version, da Akaev laut seiner Selbstdarstellung der einzige sei, „who could keep the country together and prevent social violence“ (zit. n. Spector 2004, S.21).

Überschattet wurden die Präsidentschaftswahlen am 29. Oktober 2000 zusätzlich von der Verhaftung der drei aussichtsreichsten Herausforderer Akaevs, darunter sein langjähriger Vertrauter, Minister und Bürgermeister von Bishkek, Felix Kulov (vgl. Huskey 2002, S.86; Spector 2004, S.21; Who is Who in Krygyz Politcs o.J.). Dementsprechend deutlich „gewann“ Akaev die Wahl „unter skrupelloser Ausnutzung der administrativen Ressourcen zur Durchführung von Fälschung und Manipulation“ (Luchterhandt 2002, S.300; vgl. OSCE 2000).

Ermöglicht wurde die Machterhaltung Akaevs erst durch die Unterstützung der Clans aus dem Norden: „Having lost his popular legitimacy, Akaev’s fortunes in the 2000 presidential election had depended on his remaining clan support and their ability to mobilize their networks“ (Collins 2006, S.248). Die anschließende Postenvergabe an seine Unterstützer (u.a. besetzte er aus Angst vor Machtverlust Gouverneursposten im Süden mit Angehörigen nördlicher Clans - vgl. Spector 2004, S.22) ging einher mit einer Verbannung von Angehörigen südlicher Clans und führte zu einem Wiederaufbrechen der Nord-Süd-Spannungen, die im März 2002 bei den sogenannten Aksy-Events eskalierten.²¹

Bei einer Demonstration für die Freilassung eines Oppositionellen erschossen Sicherheitskräfte Demonstranten,²² was zum Einen die erste echte politische Krise im post-sowjetischen Kirgistan darstellt und zum Anderen zur Entlassung des Kabinetts führte. Akaev war daraufhin gezwungen, Zugeständnisse in Form einer Kompetenzbeschränkung seinerseits und einer Stärkung der Legislative zu machen, welche in einem Verfassungsreferendum 2003 kodifiziert werden sollten (Dukenbaev/Hansen 2003, Spector 2004; Collins 2006).

Doch statt des von der Opposition erhofften Demokratisierungsschubes stellt dieses vierte Verfassungsreferendum seit 1993 den Höhepunkt der von selbstverstärkenden Effekten geprägten Autokratisierung des Akaev-Regimes dar. Damit zeigt sich die Unflexibilität pfadabhängiger Prozesse: Je länger ein Pfad begangen wurde, desto schwerer ist es, einen eingeschlagenen Pfad zu verlassen, da dies zu hohe Kosten verursachen würde. Die

²¹ Für die Vorgeschichte vgl. Kunze (2003, S.49f.), der den Grund für ein angestrebtes Amtsenthebungsverfahren gegen Akaev durch Asimbek Beknasarow ebenfalls im zunehmenden Einflussverlust seines Clans aus dem Süden sieht.

²² Die genauen Zahlen variieren, Kunze spricht von vier (Kunze 2003, S.50) Spector von fünf Getöteten (Spector 2004, S.24), bei Graubner/Wolters ist die Rede von sechs Toten (Graubner/Wolters 2007, S.200)

möglichen Handlungsalternativen nehmen mit fortschreitender pfadabhängiger Entwicklung ab. Die *lock-in*-Effekte waren also zu groß, als dass allein durch den formell-institutionellen Wandel einer Verfassungsreform ein Demokratiedurchbruch hätte stattfinden können. Stattdessen bleibt das bestehende Muster nicht nur erhalten, sondern wird durch die positive Rückkopplung sogar ausgebaut.

So wurde die bikammerale Struktur der Legislative zu Gunsten einer einzigen Kammer mit 75 Sitzen aufgelöst. Das Wahlrecht wurde insofern geändert, als der Verhältniswahlanteil aus dem Grabenwahlsystem eliminiert wurde – die zukünftigen Wahlen sollten also wieder nach Mehrheitswahlrecht stattfinden, was den Einfluss der Clans auf die Politik weiter erhöhte, da die Wahlkreise oftmals mit den Stammesgebieten übereinstimmten. Zusätzlich sicherte sich Akaev durch das Referendum das Recht, bis zum Ende seiner Amtszeit 2005 zu regieren. Schließlich ließ er sich und seiner Familie über die Amtszeit hinaus per Verfassung Immunität garantieren (Kunze 2003, S.56; Spector 2004, S.31; Collins 2006, S.248).

Neben seiner formalen Machtposition gelang es Akaev, seine informelle Stellung durch zunehmenden Klientelismus weiter zu stärken: „During the last years of his regime, the president [...] relied on a narrow circle of clients“ (Engvall 2007, S.38). Zudem etablierte sich neben Präsidentialismus und Klientelismus auch das dritte Merkmal eines patronalen Präsidentialismus endgültig im politischen System Kirgistans – die Ausnutzung staatlicher Ressourcen: „The stealing of economic assets and political offices in Kyrgyzstan is no longer a feature of transitional restructuring, for it has consolidated into a permanent systemic dynamic“ (Engvall 2007, S.42)

Unter Akaev fand also eine pfadabhängige Entwicklung sowohl der formellen als auch der informellen Institutionen statt. Zum einen können die Verfassungsreferenden als formale selbstverstärkende Prozesse gelten, die dazu geführt haben, dass die pfadabhängige Entwicklung der Hinterlassenschaft des präsidentiellen Regierungssystems die ursprünglich demokratischen Verfassung ausgehöhlt hat. Dies hatte eine schrittweise Autokratisierung zur Folge. Zum anderen haben solche positiven Rückkopplungen zu einem Ausbau des (informellen) Institutionensets des patronalen Präsidentialismus geführt.

In Bezug auf die Verfassungsreform als Reaktion auf die Aksy-Events kann also, wie bereits erwähnt, festgehalten werden: Die durch „self-reinforcing positive feedback“ (Krasner 1988, S. 83) entstandenen institutionellen *lock-in*-Effekte und die damit

zusammenhängende Unflexibilität pfadabhängiger Entwicklungen verhinderten 2003 trotz großen äußeren Drucks ein Verlassen des autokratischen Pfades zu Gunsten sowohl formell-demokratischer Reformen als auch einer Abkehr von der informellen Herrschaftspraxis des neopatrimonialen Regimes.

Dennoch muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass das Verfassungsreferendum 2003 zwar den Höhepunkt der formalen Machtfülle der Ära Akaev darstellt, die Auseinandersetzungen mit Demonstranten und der skrupellose Nepotismus seiner Familie aber Akaevs Position nachhaltig geschwächt und eine erneute Kandidatur 2005 undenkbar gemacht haben (vgl. Kunze 2003, S.57). Der Aufbau der Partei „Alga Kyrgyzstan“ unter Führung von Bermet Akaeva, der Tochter des Präsidenten, direkt im Anschluss an die Verfassungsnovelle von 2003 erschien deshalb als ein erster Schritt, seine Nachfolge zu regeln.

3.3. Die Tulpenrevolution: Kirgistans Bunte Revolution als zweite *critical juncture* (2005)

Bereits im Vorfeld der Parlamentswahl 2005 wurden oppositionelle Stimmen aus der Bürgerrechtsbewegung lauter, die die Bedeutung der Abstimmung verdeutlichen: „if the next elections are falsified, there will be a civil war“ (zit. n. Collins 2006, S.249). Dennoch kam es, wie von früheren Wahlen gewohnt, auch bei der Parlamentswahl im Februar und März 2005 zu erheblichen Manipulationen (vgl. OSCE 2005). Sie dienten damit als Katalysator für nachfolgende Proteste (vgl. Kulov 2008). Denn im Unterschied zu früheren Abstimmungen war die Unzufriedenheit mit dem Akaev-Regime und seiner klientelistischen Politik so groß, dass sie zu massiven Auseinandersetzungen führte: „The consolidation of major industries in the hands of the presidential family and the massive scale of corruption were significant sources of discontent and played no small part in Akaev’s downfall in the Tulip Revolution of March 2005“ (Engvall 2007, S. 37). Die Kandidatur von Akaevs Tochter und seines Sohnes erwies sich zudem als zusätzlicher Mobilisierungsfaktor, da die Bevölkerung und die anderen einflussreichen Clans des Landes eine erbherrschaftsähnliche Regimereproduktion befürchteten, ähnlich wie sie in Aserbaidschan 2003 stattgefunden hatte (Temirkulov 2010, S. 591).

Die durch die gefälschten Parlamentswahlen ausgelösten Demonstrationen der unzufriedenen Bevölkerung fanden am 25. März 2005 ihren Höhepunkt mit der Besetzung von Regierungsgebäuden und der Vertreibung von Präsident Akaev aus seinem Amt.

Allgemein werden die Proteste, die zum Sturz Akaevs geführt haben, in der Literatur in die Tradition der Bunten Revolutionen gestellt und als „Tulpenrevolution“ bezeichnet (McFaul 2007; Hale 2006; Juraev 2008). In Bezug auf die wachsende Unzufriedenheit mit der Herrschaftspraxis Akaevs stellen die Demonstrationen lediglich die letzte Stufe der Eskalation dar, nachdem sich der Unmut der Kirgisen über die zunehmenden Präsidialkompetenzen und die Aksy-Events zusehends aufgestaut hatte (vgl. Bogatirjow 2006, S.195).

Akaevs gewaltsame Vertreibung aus dem Amt und das daraus entstandene Machtvakuum, das alle Clans des Landes zu schließen versuchten (Engvall 2007, S.42), stellt einerseits die zweite postsowjetische *critical juncture* Kirgistans dar und führte andererseits zu einer weiteren Nord-Süd-Spaltung des Landes. Insbesondere die einflussreichen Clans aus dem Süden mit ihrem Kandidaten, dem ehemaligen Premierminister Kurmanbek Bakijew, drängten darauf, die nach 15-jähriger Akaev-Herrschaft entstandene Leerstelle des Präsidenten schnellstmöglich zu besetzen (Kachkeev 2008a).

Die Tulpenrevolution mit der Entmachtung Akaevs als zweite *critical juncture* in der postsowjetischen Geschichte Kirgistans bot damit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erneut die Möglichkeit, eine Demokratisierung einzuleiten. „Hoffnungsträger“ Bakijew wurde zum Übergangspräsidenten ernannt. Anstatt aber durch die Etablierung neuer institutioneller Prioritäten und Zielvorgaben der Entwicklung unter dem Akaev-Regime entgegenzuwirken, kam es zu einer Reproduktion der Institutionen.

Somit steht die Tulpenrevolution mitnichten am Beginn einer pfadabhängigen Entwicklung hin zur Demokratie, sondern führt vielmehr, wie im folgenden Abschnitt zu sehen sein wird, die institutionelle Entwicklung der Akaev-Ära fort.

3.4 Verpasste Chance: Die institutionelle Reproduktion der Bakijew-Ära (2005 – 2010)

Graubner/Wolters identifizieren im Anschluss an die Tulpenrevolution vier miteinander verbundene Hauptkonflikte, in deren Zentrum stets die Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht steht (vgl. Graubner/Wolters 2007, S.201ff.). Zu nennen sind a) der Konflikt zwischen Bakijew und seinem Premierminister aus dem Norden Felix Kulov, der im Januar 2007 im Bruch endete; b) die zunehmende Unterwanderung politischer Institutionen durch die organisierte Kriminalität, c) die Auseinandersetzung um

Kernbereiche der kirgisischen Wirtschaft und ihre Umverteilung und insbesondere d) der aufbrechende Kompetenzstreit zwischen den Institutionen Parlament und Präsident, der in der doppelten Verfassungsreform Ende 2006 gipfelte. (Graubner/Wolters 2007; vgl. Engvall 2007).

Nach der Bestätigung Bakijews im Amt bei den turnusmäßigen Präsidentschaftswahlen im Oktober 2005 war die Hoffnung groß, dass Bakijew den präelektoralen Versprechungen einer Verfassungsreform hin zur Demokratisierung Taten folgen lassen würde, so dass der *formative moment* der Weggabelung „Tulpenrevolution“ zur Etablierung neuer Institutionen genutzt wird. Doch anstatt eine Demokratisierung einzuleiten, schien Bakijew Gefallen an der präsidentiellen Kompetenzfülle zu finden. Entgegen seiner Ankündigung, der Revolution eine Verfassungsänderung folgen zu lassen, verschleppte er die notwendige Reform und ließ den latenten Konflikt zwischen Parlament und Präsident eskalieren (vgl. Graubner/Wolters 2007; Wolters 2008).

Als Reaktion auf Proteste des Bündnisses „Für Reformen“ verabschiedete das Parlament im November 2006 mit der nötigen Zweidrittelmehrheit einen Verfassungsentwurf, dessen Hauptbestandteil die Stärkung des Parlaments in wesentlichen Punkten ebenso vorsah wie die Beschneidung der präsidentiellen Befugnisse. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung ratifizierte Bakijew die Verfassung, legte aber seinerseits – nachdem er den Großteil des Parlaments auf seine Seite gezogen hatte – Ende des Jahres einen eigenen Verfassungsentwurf vor, der in Bezug auf die Kompetenzen des Präsidenten sogar über die kompetenzreichste Verfassung Akaevs von 2003 hinausging. Einziges Ziel dabei war es, die Kompetenzbeschränkungen des Novemberentwurfs rückgängig zu machen (Kachkeev 2008a, S.62f.; Kachkeev 2008b, S.315).

Unter Berufung auf Artikel 7 Absatz 1 der Verfassung von 2003 erklärt das Verfassungsgericht im September 2007 beide Verfassungsentwürfe des Vorjahres für ungültig und ebnete den Weg für ein erneutes Verfassungsreferendum im Jahr 2007, welches Bakijew der Akaevschen Tradition folgend, dazu nutzte, seine herausragende Stellung zu festigen (Kachkeev 2008a, S.63f.).

Nach einer zweijährigen Phase der Instabilität im Anschluss an die Tulpenrevolution 2005 gelang es Präsident Bakijew also, mit Hilfe der Verfassungsreform im Oktober 2007 seine Macht zu konsolidieren. Er erlag somit den von Hale (2006) beschriebenen Versuchungen, das Institutionengefüge des patronalen Präsidentialismus nicht zu überwinden. Statt einer

demokratischen Verfassungsreform, die mit Felix Kulov vereinbart war, knüpfte er an die neopatrimoniale Herrschaftspraxis Akaevs an und sicherte seine Macht durch persönliche Loyalitäten ab (vgl. Marat 2008, S.232ff; vgl. Kachkeev 2008a; vgl. Temirkulov 2010). Vergleicht man Akaevs Herrschaft vor der Tulpenrevolution mit den Reformen des postrevolutionären Machthabers Bakijew, so bleibt festzuhalten, dass es sich bei Kirgistans Bunter Revolution auf gar keinen Fall um einen Demokratiedurchbruch durch einen Systemwechsel handelt, sondern lediglich ein Machtwechsel der Eliten und damit eine Regimereproduktion stattfand.

Betrachtet man die Verfassungsreform von 2007 mit deren Übernahme und Ausbau des Akaevschen Institutionensets unter Berücksichtigung von Mahoneys institutioneller Reproduktionstypologie (vgl. Mahoney 2000, insb. S.515ff.), so lässt sich festhalten, dass die Gründe für die institutionelle Reproduktion im Anschluss an die Tulpenrevolution wohl am besten mit einer Mischung aus utilitaristischem und machtbezogenem Ansatz erklärt werden können.

Während die utilitaristische Erklärung institutioneller Reproduktion davon ausgeht, dass Institutionen auf Grund einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse der Akteure reproduziert werden, geht der machtbezogene Ansatz davon aus, dass eine Reproduktion der Institutionen erfolgt, weil sie von einer davon profitierenden Machtelite unterstützt wird (vgl. Mahoney 2000, S.517ff.). Mahoney hält fest, dass „in an utilitarian framework, institutional change occurs when it is no longer in the self-interest of actors to reproduce a given institution.“ Doch Bakijew hatte ja durchaus Gefallen am formellen Institutionenset des Präsidentialismus gefunden, so konstatiert Kachkeev, „dass die in der *Akaev*-Verfassung vorgesehenen Befugnisse durchaus auch den Interessen *Bakijews* entsprachen“ (Kachkeev 2008a, S. 62).

Zentral für Mahoneys machtbezogene Erklärung ist, dass eine ausreichend starke Elitengruppe, ganz nach der Weberschen Machdefinition,²³ eben diese Macht besitzt und die institutionelle Reproduktion auch gegen Widerstand durchsetzen kann: „In a power-centered approach, an institution can persist even when most individuals or groups prefer to change it, provided that an elite that benefits from the existing arrangement has sufficient strength to promote its reproduction“ (Mahoney 2000, S.521).

²³ „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber 1972, S.28).

Bakijew war es nach dem konstitutionellen Überraschungscoup des Parlaments 2006 innerhalb weniger Monate gelungen, seine Machtbasis zu stärken und gleichzeitig die Konkurrenz – „durch Repression wie Kooptation“ (Wolters 2008, S.2) – zu schwächen.²⁴ Wichtige Regierungs- und Verwaltungsposten besetzte der Präsident nach dem Rücktritt Kulovs Anfang 2007 mit loyalen Gefolgsleuten und sicherte sich so ausreichend Macht zur institutionellen Reproduktion.

Die vorgezogene und erstmals nach Verhältniswahlrecht durchgeführte Parlamentswahl 2007 unterstrich die zunehmend klientelistische Verhaltensweise des Bakijew-Regimes. Unter massivem Wahlbetrug²⁵ gewann die eigens für diese Wahlen gegründete Partei des Präsidenten „Ak-Schol“ 71 der 90 Sitze des Parlaments (Eschment 2008).

Neben der Kontrolle des Parlaments durch die Besetzung mit treuen Unterstützern sowie einer Verfassungsreform, in der „Präsident Bakijew seine Kompetenzen im Vergleich zu denjenigen von Akaev sogar ausgeweitet hat“ (Kachkeev 2008a, S.64) und die ihm jetzt nahezu unbegrenzte Macht verlieh (Marat 2008, S.232), setzte sich auch die pfadabhängige Entwicklung der informellen Institutionen und Praktiken fort.

Die stetig wachsende Korruption (Transparency International 2007, Transparency International 2008, Transparency International 2009) und die Privatisierung ehemals staatlicher Firmen zu niedrigen Preisen, von denen insbesondere regime-freundliche Geschäftsleute profitierten,²⁶ deuten ebenso auf Klientelismus, wie die Tatsache, dass Bakijews Sohn Maksim als Leiter der Behörde für Investition und wirtschaftliche Entwicklung die Kontrolle über die gesamte finanzielle Unterstützung aus dem Ausland übernahm. Dass er inzwischen beschuldigt wird, diese Gelder zur persönlichen Bereicherung veruntreut zu haben (vgl. Djumataeva 2010, vgl. Temirkulov 2010), spricht für die Ausnutzung von staatlichen Ressourcen. Präsident Bakijew übernahm nicht nur das formelle Institutionenset der Akaev-Ära, sondern führte zudem die Tradition fort, wichtige wirtschaftliche Bereiche dem Sohn anzuvertrauen: „Bakiev’s eldest son, Maksim Bakiev,

²⁴ In diesem Zusammenhang ist neben dem Matrjoschka-Skandal, bei dem dem damaligen Parlamentssprecher Omurbek Tekebajew von staatlichen Behörden Drogen untergeschoben wurden, auch der Bruch mit dem ambitionierten Felix Kulov im Januar 2007 zu nennen. Letzterer war aus Protest gegen Bakijews Verfassung im Dezember 2006 zurückgetreten (vgl. Graubner/Wolters 2007, S.202ff.)

²⁵ In Bezug auf die erste Parlamentswahl unter Bakijew, sowie der ersten, die nach Verhältniswahlrecht durchgeführt wurde, spricht die OSZE von einer „verpassten Chance“ (OSCE 2007).

²⁶ Einem Geschäftspartner von Maksim Bakijew, dem jüngeren Sohn des Präsidenten und gleichzeitigen Leiter der staatlichen Behörde für Investition und wirtschaftliche Entwicklung, gelang es beispielsweise mit seiner Firma, der MGN Group, die Kontrolle über strategisch wichtige Wirtschaftszweige wie Telekommunikation, Energieversorgung und Goldförderung zu erlangen (vgl. Temirkulov 2010). Bezüglich der Umverteilung der Goldminenrechte vgl. zusätzlich Graubner/Wolters 2007, S.201f.

appears to have inherited the responsibility for controlling various businesses previously held by Aidar Akaev“ (Engvall 2007, S.39f.).

Alexander Cooley geht sogar so weit, dass er sagt, Bakijew und seine politischen Verbündeten hätten das Land wie ein kriminelles Syndikat geführt, „expropriating whatever money-making assets they could seize – including the national electricity company, all major banks, and companies providing services and fuel to the military base – and turning them into their personal revenue sources“ (Cooley 2010, S. 301).

Die selbstverstärkenden Effekte der pfadabhängigen Entwicklung der formellen und informellen Hinterlassenschaften sowohl des präsidentiellen Regierungssystems als auch des patronalen Präsidentialismus haben – wie gezeigt – in der Ära Bakijews weiter zugenommen. Sowohl die durch Verfassungsreferendum geänderten Präsidialkompetenzen als auch das Ausmaß an Korruption, Klientelismus und Ausnutzung staatlicher Ressourcen gingen teilweise weit über das Niveau des Akaev-Regimes hinaus.

Der zunehmende Unmut der Bevölkerung spiegelt genau diese beiden Faktoren wider: Sowohl die hemmungslose Bereicherung und Vetternwirtschaft des Bakijew-Clans als auch die systematische Unterdrückung kritischer Stimmen aus Opposition und Medien im Zuge der autokratischen Herrschaftspraxis waren Faktoren, die zu einer wachsenden Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung führten (Jones Luong 2010, S.19; Kunze 2010, Temirkulov 2010). Konkreter Auslöser für die Unruhen im Frühjahr 2010 war aber eine signifikante Erhöhung der Strom- und Heizungskosten um 170% bzw. 400% durch staatliche Unternehmen, die als weiterer Versuch des Bakijew-Regimes und seines Umfeldes wahrgenommen wurde, sich persönlich zu bereichern (Temirkulov 2010; Cooley 2010; Lapins 2010; Jones Luong 2010).

3.5 Dritte *critical juncture*: Zusammenbruch des Bakijew-Regimes

Nachdem die Bakijew-Regierung einen auf einer traditionellen Versammlung (*kurultai*) ausgearbeiteten 7-Punkte-Plan ignorierte, der unter anderem seinen Rücktritt, die Wiederherstellung der Volkssouveränität sowie die Rücknahme der Energiepreis-Erhöhung forderte, rief die Opposition zu landesweiten *Kurultais* am 7. April 2010 auf (vgl. Temirkulov 2010). Landesweit kam es daraufhin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten, denen es nach und nach gelang, zahlreiche regionale und nationale Amtsgebäude einzunehmen, darunter auch

den Regierungssitz des Präsidenten in Bishkek, wodurch Präsident Bakijew zur Flucht gezwungen wurde. Die aus dem Gefängnis befreiten und aus dem Ausland zurückgekehrten Oppositionseliten erklären Rosa Otunbajewa noch am Abend des 7. April zur Übergangspräsidentin.

Der zweite Machtwechsel in der postsowjetischen Geschichte Kirgistans stellt gleichzeitig den zweiten gewaltsamen Machtwechsel des Landes dar: „Post-Soviet Kyrgyzstan has never experienced a non-violent political transition“ (Yigit 2010). Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem anschließenden Scheitern einer Demokratisierung sowie nach der Tulpenrevolution mit der aus eigennützig-machtbezogenen Gründen erfolgten institutionellen Reproduktion ist der Zusammenbruch des Bakijew-Regimes die dritte *critical juncture* im Kirgistan der letzten zwanzig Jahre.

Qua definitionem boten die Ereignisse im April 2010 also erneut die Chance, mit dem Festlegen und Etablieren neuer Institutionen eine pfadabhängige Entwicklung zu initiieren, an deren Ende möglicherweise eine Demokratisierung steht. Die Übergangsregierung, die aus ihrer pluralistischen Zusammensetzung Legitimität ableitete, schien ernsthaft gewillt, die formell-institutionellen Hinterlassenschaften in der Verfassung auszumerzen, um einem erneuten selbstverstärkenden Missbrauch vorzubeugen. Die erste Amtshandlung Otunbajewas bestand folgerichtig darin, dass sie neben der Auflösung des Parlaments in Verbindung mit Neuwahlen auch eine umfangreiche Verfassungsreform ankündigte (Eschment/Alff 2010; Temirkulov 2010; Kunze 2010; Lapins 2010).

Während die Verfassungskommission einen Entwurf vorbereitete, der die konstitutionelle Präsidialdominanz durchbrechen sollte, kam es insbesondere im Süden des Landes zu Unruhen. Gerüchten zufolge soll es sich dabei, ebenso wie bei den ethnisch-motivierten Auseinandersetzungen mit der usbekischen Minderheit kurz vor dem Verfassungsreferendum im Juni, um gezielte Sabotageversuche von Bakijew-Anhängern gehandelt haben, die sowohl gegen die Übergangsregierung als auch gegen die geplante Verfassungsreform gerichtet waren (Kunze/Gronau 2010a; Cooley 2010; Lapins 2010; Holzmeier 2010).

An dieser Stelle wird erneut deutlich, dass sich Akteure der Bedeutung von Institutionen bewusst sind und welchen Stellenwert sie ihnen beimessen. Der Versuch Bakijews und seiner Anhänger, das geplante Verfassungsreferendum zum Scheitern zu bringen, zeigt die verzweifelte Hoffnung, die formellen Institutionen intakt zu halten, da die herausragende

Stellung des Präsidenten stets mit dem Zugang zu staatlichen Ressourcen verbunden war. Ein weitreichender institutioneller Wandel mit dem Ziel, die Präsidentialkompetenz zu beschränken, wäre gleichbedeutend mit dem erschwerten Zugang zu Macht und Ressourcen gewesen.

Trotz der beschriebenen Versuche, das Verfassungsreferendum zu verhindern, stimmten ihm Ende Juni rund 90 Prozent der Bevölkerung zu. Die Übergangsregierung erhoffte sich nach einigen zweifelhaften Entscheidungen (Auflösung des Parlaments, Auflösung des Verfassungsgerichts, Entlassung aller Führungen der wichtigsten Justizinstitutionen des Landes) (vgl. Lapins 2010; vgl. Eschment/Alff 2010) davon eine Bestätigung ihres Kurses (Lapins 2010). Im Zentrum des Referendums als formell-institutionellem Wandel standen neben der Ernennung Otunbajewas zur Übergangspräsidentin insbesondere die Annahme der neuen Verfassung und der damit verbundene Wechsel des Regierungssystems.

Dennoch handelt es sich bei Kirgistan nach dem Regierungssystemwechsel nicht, wie von vielen Beobachtern behauptet, um „die erste und einzige parlamentarische Republik Zentralasiens“ (Kunze/Gronau 2010b, S.1). Vielmehr lässt sich durch die deutliche Stärkung parlamentarischer Elemente, die in Artikel 74ff. nachvollzogen werden können, bei genauer Betrachtung der Verfassung von einem Wechsel zu einem semi-präsidentiellen Regierungssystem sprechen. Nach Duverger ist ein semi-präsidentielles System durch drei Kernmerkmale definiert: Erstens, die allgemeine Direktwahl des Präsidenten, zweitens verfügt der Präsidenten über ein großes Ausmaß an Kompetenzen, obwohl die Exekutivgewalt – drittens – bei der Regierung liegt, die dem Parlament gegenüber verantwortlich ist (vgl. Duverger 1980).

Die präsidentielle Direktwahl als erstes Merkmal semi-präsidentieller Systeme ist auch nach dem Sturz Bakijews weiterhin in der Verfassung verankert. In Artikel 61.1 der neuen Verfassung heißt es dazu: „Der Präsident wird von den Bürgern der Kirgisischen Republik für 6 Jahre gewählt“ (Verfassung 2010, zit.n. Eschment 2010a, S.22f.). Die genauen verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Präsidenten sind in Artikel 60ff. der neuen Verfassung festgelegt. Zur Veranschaulichung der noch immer großen Kompetenzen des Präsidenten dienen hier exemplarisch Artikel 64.4 Absatz 2 („Der Präsident ernennt und entlässt die Mitglieder der Regierung – die Führer der staatlichen Organe, die für Fragen der Verteidigung, der nationalen Sicherheit zuständig sind sowie ihre Stellvertreter“) und Artikel 64.8: („Der Präsident ist Hauptkommandierender der Streitkräfte der KR, bestimmt, ernennt und entlässt die Führung der Streitkräfte der KR“). Somit scheint auch

Duvergers zweites Kriterium, der „quite considerable powers“ (Duverger 1980, S.166) des Präsidenten erfüllt.

In Bezug auf Duvergers drittes Merkmal semi-präsidentieller Regierungssysteme kann mit Blick auf die Exekutivgewalt der Regierung auf Artikel 83.1, .2 und .3 hingewiesen werden: „Die exekutive Gewalt in der KR wird von der Regierung, den ihr untergeordneten Ministerien, Staatskomitees, Verwaltungsbehörden und lokalen Verwaltungen ausgeübt.“ (83.1); „Die Regierung stellt das höchste Organ der Exekutive der KR dar.“ (83.2); „Die Regierung wird vom Premierminister geführt [...]“ (83.3). Bezüglich der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Legislative heißt es in Artikel 74.3: „Die Schogorku Kenesh (1) bestätigt das Programm der Regierung, bestimmt die Struktur und die Zusammensetzung der Regierung [...]; (3) spricht der Regierung das Vertrauen aus; (4) fällt die Entscheidung darüber, der Regierung das Misstrauen auszusprechen“ (Verfassung 2010, zit.n. Eschment 2010b, S.22f.). Nachdem die drei Schlüsselmerkmale semi-präsidentieller Regierungssysteme, wie eben gezeigt, in der neuen kirgisischen Verfassung festgeschrieben worden sind, handelt es sich also um einen Wechsel von einem (super-)präsidentiellen zu einem semi-präsidentiellen Regierungssystem (Jones Luong 2010, S.18; Eschment 2010a, S.19).

Dennoch wurden die Kompetenzen und damit auch die Bedeutung des Präsidenten im Vergleich zu den Verfassungen unter Akaev und Bakijew – unter anderem durch die verfassungsrechtlich festgelegte Beschränkung auf eine Amtszeit (Verfassung 2010 Artikel 61.2.) – deutlich beschnitten und das Parlament gewann an Bedeutung (vgl. Verfassung 2010, Artikel 74f.). Mit 120 Sitzen, die nach dem Verhältniswahlrecht über Parteilisten vergeben werden, gibt es nun 30 Abgeordnete mehr als zuvor, was eine bessere Repräsentativität gewährleisten soll. Gleichzeitig wurde die Maximalzahl der Sitze, die eine Partei gewinnen kann, auf 65 beschränkt, wodurch die Gefahr einer möglichen Einparteienherrschaft der Präsidentenpartei²⁷ zumindest eingegrenzt werden soll, damit das Parlament seiner ihm institutionell-immanenten Funktion innerhalb von *checks and balances* gerecht werden kann.

Die nach dem neuen Verhältniswahlrecht durchgeführte Parlamentswahl im Oktober 2010 war die erste Wahl, die zumindest grundlegenden demokratischen Regeln entsprach (vgl.

²⁷ Wie sie insbesondere nach der Parlamentswahl 2007 mit der ausschließlich für die Wahl gegründeten Bakijew-Partei „Ak-Schol“ existiert hatte.

OSCE 2010, Eschment 2010b).²⁸ Überraschenderweise ging die Partei „Ata-Schurt“, in der sich ehemalige Bakijew-Anhänger zusammengefunden haben, als Sieger aus den Wahlen hervor.²⁹ Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich eine Koalitionsregierung unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Almaz Atambaev etabliert (CIA World Factbook 2011; Who is Who in Kyrgyz Politics o.J.).

Der formell-institutionelle Wandel in Kirgistan scheint mit dem Wechsel zu einem semipräsidentiellen Regierungssystem und der Stärkung des durch Verhältniswahl zusammengesetzten Parlaments bis auf weiteres abgeschlossen. Die neue Verfassung von 2010 orientiert sich an den Vorschlägen der Venice Commission und damit an den „Normen des europäischen Verfassungsrechtsbestands“ (Venice Commission o.J.) und entspricht somit formal-demokratischen Kriterien. Doch bereits die erste Verfassung nach der Unabhängigkeit Kirgistans aus dem Jahr 1993 entsprach diesen Kriterien.

Es stellt sich also die Frage, ob die neue, formal-demokratischen Kriterien genügende Verfassung diesmal einen Durchbruch zur Demokratie darstellt oder ob erneut eine pfadineffiziente Entwicklung droht. Bevor zu dieser Frage im folgenden Abschnitt eine Antwort in Form von zwei möglichen Entwicklungsszenarien gegeben wird, soll aber zunächst noch einmal kurz zusammengefasst werden, woran der unter ähnlichen Vorzeichen stehende Demokratisierungsprozess Anfang der 1990er Jahre gescheitert ist.

4 Fazit und Ausblick

Um eine belastbare Aussage über die Zukunft Kirgistans machen zu können, soll an dieser Stelle noch einmal explizit verdeutlicht werden, warum es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion trotz demokratischer Ursprungsverfassung zu keiner Demokratisierung in Kirgistan gekommen ist. Der diskretionär verlaufende institutionelle Wandel im post-sowjetischen Kirgistan hat gezeigt, dass sich die mangelnde Demokratisierung auf die pfadabhängige Entwicklung post-sowjetischer Hinterlassenschaften zurückführen lässt.

Dabei spielt insbesondere die konstitutionelle Schlüsselentscheidung für ein präsidentielles Regierungssystem als formell-institutionelle *legacy* eine herausragende Rolle. Erst die Verankerung der für junge Demokratien suboptimalen sowjetischen Hinterlassenschaft eines präsidentiellen Regierungssystems hat den systematischen, selbstverstärkenden

²⁸ „The authorities displayed the political will to hold democratic elections in line with OSCE commitments“ (OSCE 2010, S.1).

²⁹ Für eine genaue Sitzverteilung vgl. Eschment (2010b, S.13).

Ausbau der Präsidialkompetenzen ermöglicht. Aus der in der ersten Verfassung vorgesehenen Rolle eines „republikanischen Monarchen“ (Huskey 2002, S. 83), der das „Symbol der Einheit des Staates“ darstellt und die „Einhaltung der Verfassung“ (Verfassung 1998, Artikel 42.2) garantiert, entwickelte sich bereits unter Akaev die autokratische Herrschaftspraxis eines patronalen Präsidialismus, der insbesondere das Wohlergehen von Clan- und Familienmitgliedern garantierte.

Die zusätzliche Etablierung eines Mehrheitswahlsystems als einer weiteren formell-institutionellen *legacy* auch in der zweiten Schlüsseldimension der Verfassungskonstruktion verdeutlicht zwar einerseits den enormen sowjetischen Einfluss über den Zusammenbruch hinaus, spielt andererseits für den post-sowjetischen Demokratisierungsprozess in Kirgistan aber nur eine nachrangige Rolle. Im Gegensatz zur pfadabhängigen Entwicklung der *legacy* des präsidientuellen Regierungssystems lässt sich keine kontingente Entwicklung der Hinterlassenschaft „Mehrheitswahlrecht“ erkennen. Die patronalen Herrscher Akaev und Bakijew verstanden es stets, den Wahlmodus so egoistisch-nutzenmaximierend zu verändern, dass nach einer zusätzlichen Manipulation ihr gewünschtes Ergebnis zur eigenen Machtsicherung feststand.

Zudem muss bei näherer Betrachtung der kirgisischen „Parteienlandschaft“ festgehalten werden, dass dem Verhältniswahlsystem beziehungsweise dem Verhältniswahlteil in einem Grabenwahlsystem nicht zu viel Bedeutung zugemessen werden sollte, weil es sich im kirgisischen Fall bei den Parteien nicht nach westlichem Verständnis um inklusiv-wirkende Organisationen handelt, denen man beitreten kann, sondern die Parteienlandschaft lediglich die Clanlandschaft widerspiegelt.

Das dem *legacy*-Konzept immanente Verständnis, dass die Ursache einer Entwicklung niemals eine einzelne Hinterlassenschaft ist (vgl. Pop-Eleches 2007), relativiert aber die Bedeutung der Hinterlassenschaft des präsidientuellen Regierungssystems ebenso wie Alexanders Feststellung, dass „formal political institutions cannot and do not play the decisive role in democratic consolidation“ (Alexander 2001, S.249). Die formell-institutionelle Fehlentscheidung der Wahl eines präsidientuellen Regierungssystem gewann also erst an Bedeutung, als die pfadabhängige Entwicklung der formell-institutionellen *legacy* durch die Verfassungsreferenden als selbstverstärkende Prozesse zu einer Pfadineffizienz in Form einer Etablierung der informellen Hinterlassenschaft des patronalen Präsidialismus und damit zu einer autokratischen Herrschaftspraxis führte.

Bezüglich der misslungenen Demokratisierung im Anschluss an den Zusammenbruch der Sowjetunion lässt sich also Folgendes festhalten: Eine effiziente pfadabhängige Entwicklung, an deren Ende eine demokratische Konsolidierung steht, hat in Kirgistan nicht stattgefunden, weil die ursprünglich demokratischen Kriterien entsprechende Verfassung eben nicht „the only game in town“ (Przeworski 1991, S.26) war.

Statt einer Anpassung der informellen Institutionen an die demokratische Verfassung, wie sie für eine pfadeffiziente Entwicklung hin zur Demokratie notwendig gewesen wäre, erfolgte eine Angleichung in umgekehrter Richtung. Sämtliche Verfassungsreferenden der Akaev- und Bakijew-Ära sollten die verfassungsrechtliche Konformität ihres zunehmend anti-demokratischen Handelns absichern und dienten somit ausschließlich zur formellen Legitimierung der informellen patronal-präsidentialistischen Herrschaftspraxis.

Die *critical juncture* des Regimekollapses der Bakijew-Administration im April 2010 wurde genutzt, um die formell-institutionellen Hinterlassenschaften des Mehrheitswahlsystems und insbesondere des präsidentiellen Regierungssystems zu beseitigen und stattdessen neue institutionelle Zielvorgaben zu etablieren. Das Verfassungsreferendum, in dessen Zuge eine formal-demokratischen Kriterien entsprechende konstitutionelle Ordnung verabschiedet wurde, kann dementsprechend als ein erster Schritt zur Überwindung des formalen Institutionensets des patronalen Präsidialismus gesehen werden. Das post-sowjetische Kirgistan befindet sich also erneut am Beginn einer pfadabhängigen Entwicklung.

Ein Jahr nach dem Sturz Bakijews ist nämlich – gemäß dem Merkmal der Unvorhersehbarkeit pfadabhängiger Prozesse – noch unklar, ob das Ausnutzen des *window of opportunity* der *critical juncture* den Wendepunkt hin zur pfadeffizienten Demokratisierung darstellt oder ob es sich lediglich um einen erneuten Machtwechsel einer um Einfluss und Ressourcen kämpfenden „elite going in circles“ (McGlinchey 2010) handelt.

Juraev hält dazu fest: „For some, the April events reflect a return to the path toward democracy and, thus, an important episode in the country’s democratic transition. Others view the violent regime overthrow of April as reflective of the destination of post-Soviet development in Kyrgyzstan – a place featuring a weak central government and a constant struggle among fragmented, ideology-free political groups and a weak relevance of formal law“ (Juraev 2010, S. 14).

Unter Berücksichtigung dieser Einschätzung lassen sich also, wie oben bereits gesagt, bezüglich der Zukunftsperspektive des heutigen Kirgistans zwei mögliche Entwicklungsrichtungen erkennen: Die Ereignisse, die zum Sturz Bakijews geführt haben, können dabei sowohl als ein echter Durchbruch zur Demokratisierung und damit als Beginn einer pfadeffiziente Entwicklung gesehen werden (1), als auch lediglich einen weiteren Machtwechsel bei der Weiterentwicklung der bisherigen autokratischen Pfadineffizienz darstellen (2). Um zu einer abschließenden Einschätzung zu gelangen, sollen diese beiden Optionen in den folgenden Absätzen näher beleuchtet werden.

Erste hoffnungsvolle Anzeichen für eine zukünftige Demokratisierung und damit für eine selbstverstärkende Entwicklung des effizienten Pfades liefert nach der Beseitigung der formell-institutionellen Hürden und Hinterlassenschaften die derzeitige politische Stabilität der Koalitionsregierung. Nach anfänglich täglichen Postenwechseln der Übergangsregierung (vgl. Eschment 2010a) hat sich unter Führung des Sozialdemokraten Almasbek Atambaev eine Koalitionsregierung der drei Parteien (Sozialdemokratische Partei (SDKP), Ata-Schurt, Respublika) weitestgehend etabliert, birgt aber gerade wegen der Beteiligung der Bakijew-Nachfolge-Partei Ata-Schurt weiter schwelendes Konfliktpotential (Imhoff/Jung 2011).

Der jährlich erscheinende „Freedom in the World“-Index von Freedom House stuft Kirgistan 2011 unter anderem auf Grund der vielversprechenden Verfassungsreform und der verhältnismäßig fair durchgeführten Parlamentswahlen erstmals seit 2009 in die Kategorie der „partly free countries“ ein (vgl. FH Freedom of the World (2011); vgl. FIW 1973-2011 (2011)).

Die größte und entscheidende Herausforderung auf dem Weg zu einer erfolgreichen Demokratisierung wird es aber sein, neben den bereits überwundenen formell-institutionellen *legacies* auch die informellen Hinterlassenschaften aus der Verfassungsrealität zu verbannen. Es gilt also, die von Bunce (1995) beschriebene Rolle der politischen Institutionen umzukehren. Sie schreibt: „In postcommunism, political institutions seem to be more a consequence than a cause for political developments“ (Bunce 1995, S.97). Die geschaffene demokratische Verfassungsnorm muss also mit informellen demokratischen Herrschaftspraktiken und Normen, wie beispielsweise Rechtsstaatlichkeit, gefüllt werden, so dass sich am Ende eines pfadabhängigen Prozesses ein übereinstimmendes Set formeller und informeller demokratischer Institutionen als „only game in town“ (Przeworski 1991, S.26) etablieren kann.

Doch, wie weiter oben beschrieben, war es gerade diese Hürde der Anpassung der Konventionen an die Konstitution, die eine pfadabhängig-verlaufende demokratische Konsolidierung in den 1990er Jahren verhindert hat. Während damals die von formellen *legacies* begünstigte Institutionalisierung der sowjetischen Erblast des patronalen Präsidialismus eine Demokratisierung verhindert hat, scheint diesmal die informelle Hinterlassenschaft einer ethnisch-heterogenen, clan-dominierten Gesellschaftsstruktur die potentiell stärkste intervenierende Variable im Demokratisierungsprozess zu sein.³⁰

So ist die derzeitige Stabilität der Koalitionsregierung eng mit der Tatsache verknüpft, dass die wichtigsten Clans des Landes in der Regierung vertreten und somit am Zugang zu Macht und Ressourcen beteiligt sind. Eine Umfrage vom Mai 2010, die im Anschluss an den Sturz des Bakijew-Regimes durchgeführt wurde, zeigt zudem eine generelle Skepsis der Bevölkerung gegenüber einer demokratischen Herrschaft.³¹ Nach Einschätzung der Bevölkerung sind es zudem insbesondere die „persönlichen Fähigkeiten“, die den Präsidenten für sein Amt qualifizieren. Eigenschaften wie seine „moralische[n] Qualitäten“ sind lediglich das viertwichtigste, das „politische Programm“, worunter beispielsweise eine potentielle Demokratisierung zu verstehen wäre, sogar erst das fünftwichtigste Merkmal für das Amt des Präsidenten (vgl. Eschment 2011).

Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse lässt sich auch der Ausgang der Parlamentswahlen 2010 deuten. Neben dem Sieg der Bakijew-Nachfolge-Partei „Ata-Schurt“ ist insbesondere erwähnenswert, dass die Partei von Felix Kulov („Ar-Namys“ – Würde) mit dem Versprechen, die Verfassungsreform rückgängig zu machen und zu einem präsidentiellen System zurückzukehren, die drittmeisten Stimmen erreichte (Weisflog 2010; Eschment 2010b). Und so trifft die in Bezug auf die Parlamentswahl von 1995 getätigte Aussage, dass, „die Parlamentswahl [...] im wesentlichen den Schwebezustand der kirgisischen Demokratie widerspiegeln (sic!)“ (Reinecke 1995, S.37), heute mindestens ebenso zu wie damals.

Die Tatsache, dass die derzeitige politische Stabilität auf die gleichmäßige Verteilung des Macht- und damit des Ressourcenzugangs der einzelnen Clans zurückzuführen ist, macht

³⁰ Für das Verständnis regionaler Spannungen in Kirgistan als sowjetische Hinterlassenschaft, vgl. Jones Luong 2000, S.13ff. Sie schreibt: „It was the construction of administrative-territorial divisions under Russian and then Soviet rule that structurally reinforced north-south cultural and geographic distinctions within the Kyrgyz Republic, and ultimately politicized them“ (Jones Luong 2000, S.14).

³¹ Bzgl. Was die Genauigkeit der Umfrageergebnisse anbelangt, so muss aber die potentiell verfälschende Rolle des Befragungszeitraums kurz nach dem Sturz Bakijews, also zu einer Zeit politischer Instabilität, und besonders die Rolle des südlichen Bevölkerungsteil berücksichtigt werden; vgl. Eschment 2011.

daraus einen lediglich vorübergehenden Zustand. Ein Machtungleichgewicht zwischen den Clans bezüglich des Zugangs zu staatlichen Ressourcen wäre eng verbunden mit der erneuten Gefahr ihres Ausnutzens zum eigenen Vorteil und damit einer klientelistischen Politik. Daneben scheint sich auch das neue semi-präsidentielle System noch nicht endgültig etabliert zu haben – wie das offene Bestreben einiger Parteien zeigt, zu einem präsidentiellen System zurückzukehren. Mit einer solchen formellen „Konterreform“, dem damit einhergehenden Machtungleichgewicht und einem daraus resultierenden Klientelismus stünde Kirgistan also erneut am Beginn einer pfadineffizienten Entwicklung in Richtung Autokratie.

Gemäß der Unvorhersehbarkeit pfadabhängiger Prozesse ist noch nicht vorauszusagen, welchen Pfad Kirgistan einschlägt. Die Amtszeit von Präsidentin Otunbajewa, die entscheidenden Anteil an der erfolgreichen Verfassungsreform hatte, läuft zum Ende des Jahres aus. Gemäß Artikel 61.2 darf sie nicht erneut kandidieren und beteuert, dies auch nicht zu tun (RFE/RL 2011). Was als ein erster Schritt zur Wirksamkeit der neuen Konstitution gedeutet werden könnte, birgt auf Grund des drohenden Verlusts der Machtbalance der Clans mehr Risiken als Chancen. Zudem scheint sich der ethnische Konflikt im Süden des Landes auf Grund mangelhafter rechtlicher Aufarbeitung wieder zu intensivieren (vgl. HRW 2011). Und so scheint kurz vor dem zwanzigsten Geburtstag Kirgistans lediglich sicher, dass die bevorstehende Präsidentschaftswahl angesichts der Nonergodizität pfadabhängiger Entwicklungen einen ersten, vielleicht vorentscheidenden Hinweis liefern wird, in welche Richtung sich das Kirgistan der 2010er Jahre entwickeln wird. Allein die Verabschiedung einer formal-demokratischen Verfassung ist – wie die Geschichte bereits gezeigt hat – noch kein Demokratiedurchbruch, sondern stellt lediglich den ersten Schritt zu einer pfadeffizienten Entwicklung dar. Die aktuell noch geringen Kosten lassen einen Pfadwechsel im Anschluss an die Präsidentschaftswahl durchaus zu. Und so ist es angesichts des vorherrschenden Schwebeszustandes bei aller Demokratisierungshoffnung in jedem Fall noch zu früh, um zu sagen, dass sich Kirgistan auf einem guten Weg zur Demokratie befindet.

Literaturverzeichnis

- Alexander, Gerard (2001): Institutions, Path Dependency, and Democratic Consolidation. In: Journal of Theoretical Politics 13(3), S.249-269.
- Anderson, John (1999): Krygyzstan – Central Asia’s Island of Democracy? Amsterdam: Harewood Academic Publication.
- Arthur, Brian W. (1994): Increasing Returns and Path Dependency in the economy. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Bogatirjow, Valentin (2006): Die Politik Kirgistans. In: Krumm, Reinhard (Hrsg.) (2006): Zentralasien: Eine Innenansicht. Friedrich-Ebert-Stiftung. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/bischkek/05077.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 20.6.2011.
- Bratton, Michael / van de Walle, Nicolas (1997): Democratic Experiments in Africa. Cambridge: Cambridge University Press.
- Broschek, Jörg (2005): Föderalismus und Wohlfahrtsstaat im historischen Kontext: Der Fall Kanada. In: Politische Vierteljahresschrift 46(2), S.238- 262.
- Bunce, Valerie (1995): „Comparing East and South“. In: Journal of Democracy 6(3), S. 87-100.
- Bunce, Valerie (1997): Presidents and the Transitions in Eastern Europe. In: von Mettenheim, Kurt (1997): Presidential Institutions and Democratic Politics. Comparing Regional and National Contexts. London & Baltimore: Johns Hopkins University Press. S. 161- 176.
- Bunce, Valerie (1999): The Political Economy of Postsocialism. In: Slavic Review 58(4), Special Issue: Ten Years after 1989: What we have learned, S.756-793.
- Bunce, Valerie (2005): The National Idea: Imperial Legacies and Post-Communist Pathways in Eastern Europe. In: East European Politics and Societies 19(3), S. 406-442.
- Capoccia, Giovanni / Kelemen, Daniel R. (2007): The Study of Critical Junctures. Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism. In: World Politics 59(3), S. 341-369.

- CIA World Factbook 2011: Country Profile Kyrgyzstan. Abrufbar unter: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/kg.html>. Zuletzt aufgerufen am 22.6.2011
- Colliers, Ruth Berins / Collier, David (1991): *Shaping the Political Arena – Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Diversity in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.
- Collins, Kathleen (2006): *Clan Politics and Regime Transition in Central Asia*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cooley, Alexander (2010): *Kyrgyzstan on the Brink*. In: *Current History*, October 2010, Volume 109(729), S.301-307.
- Csigò, Monika (2006): *Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- David, Paul (1985): *Clio and the economics of QWERTY*. In: *American Economic Review* 75(2), S.332-337.
- Djumataeva, Venera (2010): *The Roots of Kyrgyzstan's Uprising*. BayBak – Voice of a Nation. Abrufbar unter: <http://en.baybak.com/the-roots-of-kyrgyzstans-uprising-venera-djumataeva.azr> oder http://www.rferl.org/content/Commentary_Roots_Of_Kyrgyzstan_Uprising/2022430.html. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.
- Dukenbaev, Askat / Hansen, William H. (2003): *Understanding Politics in Kyrgyzstan*. DEMSTAR Research Report 16.
- Duverger, Maurice (1980): *A New Political System Model: Semi-Presidential Government*. In: *European Journal of Political Research* 8(2), S.165-187.
- Ekiert, Grzegorz (2003): *Patterns of Postcommunist Transformation in Central and Eastern Europe*. In: Ekiert, Grzegorz / Hanson, Stephen E. (2003): *Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 88-119.
- Ekiert, Grzegorz / Hanson, Stephen E. (2003): *Introduction*. In: Ekiert, Grzegorz / Hanson, Stephen E. (2003): *Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe*. Cambridge: Cambridge University Press. S.1-11.

- Engvall, Johann (2007): Kyrgyzstan: Anatomy of a State. In: Problems of Post-Communism 54(4), S. 33-45.
- Eschment, Beate / Alff, Henryk (2010): Revolution, Umsturz, Volksaufstand. Materialien zur Lage in Kirgistan. In: Zentralasien-Analysen 28/10. S. 10-22.
- Eschment, Beate (2008): Parlamentswahlen in Kirgistan, 16. Dezember 2007. In: Zentralasien Analysen 01/08, S.15-17.
- Eschment, Beate (2010a): Auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie? Auszüge aus der neuen Verfassung der Kirgisischen Republik. In: Zentralasien-Analysen 31-32/10. S. 19 -28
- Eschment, Beate (2010b): Parlamentswahlen in Kirgistan – Free and fair, aber dennoch nicht unproblematisch. In: Zentralasien-Analysen 34/10, S. 12-19.
- Eschment, Beate (2011): Kirgistan: Verunsichert und unzufrieden. Die Ergebnisse einer Meinungsumfrage im Mai 2010. In: Zentralasien-Analysen 39/11, S. 9-15.
- FH Freedom of the World (2011): Country Report Kyrgyzstan. Abrufbar unter: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8071>. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.
- Fish, Steven M. (1997): The Determinants of Economic Reform in the Post-Communist World. In: East European Politics and Societies 12(1), S. 31-78.
- Fish, Steven M. (2006): Stronger Legislatures, Stronger Democracies. In: Journal of Democracy 17(1), S. 5-20.
- FIW 1973-2011 (2011): Freedom in the World Contry Ratings 1972 – 2011. Abrufbar unter: <http://www.freedomhouse.org/images/File/fiw/historical/FIWAllScoresCountries1973-2011.xls>. Zuletzt aufgerufen am 7.7.2011.
- Grabher, Gernot / Stark, David (2006): Organizing Diversity:: Evolutionary Theory, Network Analysis and Post-socialism. In: Graber, Gernot/ Stark, David (2006): Restructuring Networks in Post-socialism. Legacies, Linkages and Localities. Oxford: Oxford University Press. S. 1-32.
- Graubner, Cornelius / Wolters, Alexander (2007): Kirgisischer Feldversuch Demokratie. Zwischen Schattenstaat und Tulpenrevolution. In: Osteuropa 57(8-9), S.195-206.

- Hale, Henry E. (2006): Democracy or autocracy on the march? The colored revolutions as normal dynamics of patronal presidentialism. In: Communist and Post-Communist Studies 39, S.305-329.
- Hall, Peter A. (1986): Governing the Economy. The Politics of State Intervention in Britain and France. Oxford: Polity Press.
- Hall, Peter A. / Taylor, Rosemary C.R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalism. In: Political Studies XLIV, S. 936-957.
- Hermann, Rainer / Johann, Bernd (1996): Präsidentschaftswahlen und Verfassungsreferendum in Kirgistan. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- Holzmeier, Carolin (2010): Identität oder Interesse? Eine akteurszentrierte Perspektive auf die Ursachen „ethnischer“ Unruhen in Kirgistan. Forum Regensburger Politikwissenschaftler: FRP Working Paper 12/10.
- HRW 2011: Disorted Justice. Kyrgyzstan's Flawed Investigations and Trials on the 2010 Violence. Human Rights Watch. Abrufbar unter: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/kyrgyzstan0611webwcover.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7.7.2011.
- Huskey, Eugene (2002): An economy of authoritarianism. Askar Akaev and presidential leadership in Kyrgyzstan. In: Cummings, Sally N. (2002): Power and Change in Central Asia. London & New York: Routledge. S. 74-96.
- Imhoff, Benedikt von / Jung, Wolfgang (2011): Kirgistan: Ernüchterung ein Jahr nach dem Bakijew-Sturz. In: Russland-Aktuell. Abrufbar unter: http://www.aktuell.ru/russland/politik/kirgistan_ernuechterung_ein_jahr_nach_bakijew_sturz_4136print.html. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.
- Immergut, Ellen M. (1997): The Normative Roots of the New Institutionalism: Historical Institutionalism and Comparative Policy Studies. In: Benz, Arthur / Seibel, Wolfgang (Hrsg.) (1997): Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz. Baden-Baden: Nomos. S. 325-355.
- Ismayr, Wolfgang (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Jones Luong, Pauline (2000): After the Break-up: Institutional Design in Transitional States. In: Comparative Political Studies 33(5), S. 563-592.
- Jones Luong, Pauline (2002): Institutional Change and Political Continuity in Post-Soviet Central Asia. Power, Perceptions and Pacts. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jones Luong, Pauline (2010): Recurring Referendums: The Struggle for Constitutional "Reform" in Kyrgyzstan. In: Kyrgyzstan. Recovery and Reformation. Policy Perspectives August 2010. PONARS Eurasia, The Institute for European, Russian and Eurasian Studies, Georgetown University.
- Juraev, Shairbek (2008): Kyrgyz Democracy? The Tulip Revolution and beyond. In: Central Asian Survey 27(3-4), S. 253-264.
- Juraev, Shairbek (2010): The Third Restart: Challenges for Democracy in Post-Bakiev Kyrgyzstan. In: Policy Perspectives August 2010: Kyrgyzstan. Recovery and Reformation. George Washington University, PONARS Eurasia.
- Kachkeev, Marat (2008a): Die Verfassungsentwicklung in Kirgistan nach der „Tulpenrevolution“ von 2005. In: Osteuropa Recht 54(1-2), S.58-67.
- Kachkeev, Marat (2008b): Die Zentralasien-Strategie der Europäischen Union und die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der Region. In: Osteuropa Recht 54(5), S.314-320.
- Kaiser, André (2009): Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus: James March und Johan Olsen. In: Brodocz, André / Schaal, Gary S. (2009): Politische Theorien der Gegenwart. 2. Bd. 3. Auflage. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich. S. 313-342.
- Kato, Junko (1996): Institutions and Rationality in Politics – Three Varieties of Neoinstitutionalists. In: British Journal of Political Science 26(4), S. 553-582.
- Kitschelt, Herbert (2003): Accounting for Postcommunist Regime Diversity. What Counts as a Good Cause?. In: Ekiert, Grzegorz / Hanson, Stephen E. (2003): Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe. Cambridge: Cambridge University Press. S.49-86.
- Koelble, Thomas (1995): The New Institutionalism in Political Science and Sociology. In: Comparative Politics 27 (2), S. 231-243.

- Koichumanov, Talaibek / Otorbayev, Joomart / Starr, Frederick S. (2005): Kyrgyzstan: The Path Forward. Silk Road Papers November 2005, Central Asia-Caucasus Institut.
- Krasner, Stephen D. (1988): Sovereignty "An Institutional Perspective". In: Comparative Political Studies 21(1), S. 66-94.
- Kulov, Emil (2008): March 2005: parliamentary elections as a catalyst of protest. In: Central Asian Survey 27 (3-4), S. 337-347.
- Kurtz, Marcus J. / Barnes, Andrew (2002): The Political Foundations of Post-Communist Regimes – Marketization, Agrarian Legacies or International Influences. In: Comparative Political Studies 35(5), S.524-553.
- Kunze, Thomas (2003): Die Geschichte einer Verfassung. Machtsicherung für Präsident Akajew oder Stunde Null der Opposition in Kirgistan? AI 5/2009, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 46-57.
- Kunze, Thomas (2010): Drei-Tages-Revolution in Kirgistan. Konrad Adenauer Stiftung. Abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_19294-1522-1-30.pdf?100409141343. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.
- Kunze, Thomas / Gronau, Lina (2010a): Massaker in Kirgistan. Mittelasien droht Flächenbrand. Konrad Adenauer Stiftung.
- Kunze, Thomas / Gronau, Lina (2010b): Verfassungsreferendum bestätigt Rosa Otunbajewa als Übergangspräsidentin. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Lapins, Wulf (2010): Kirgisistan vor den Neuwahlen. Herausforderungen und Chancen. Friedrich Ebert Stiftung. Referat Mittel- und Osteuropa. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/07446.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 21.6.2011.
- Leggewie, Claus (2011): Bewegte arabische Welt. Abrufbar unter: <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/bewegte-arabische-welt/>. Zuletzt aufgerufen am 7.7.2011.
- Lehmbruch, Gerhard (2002): Der unitaristische Bundesstaat in Deutschland: Pfadabhängigkeit und Wandel. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. MPIfG Discussion Paper 02/2.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2007): Linkage, leverage and the post-communist divide. In: East European Politics and Societies 21(1), S. 48-66.

- Linz, Juan / Valenzuela, Arturo (1994): *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*. In: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (1967): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, 1-64.
- Luchterhandt, Otto (2002): *Präsidentialismus in den GUS-Staaten*. In: Luchterhandt, Otto. (2002): *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Herausbildung stabiler Machtinstitutionen*. 2. Auflage. Berlin: Berlin Verlag. S. 255-371.
- Mahoney, James (2000): *Path Dependence in Historical Sociology*. In: *Theory and Society* 29(4), S. 507-548.
- Marat, Erica (2008): *March and after: what has changed? What has stayed the same?* In: *Central Asian Survey* 27(3-4), S.229-240.
- March, James G. / Olsen, Johan P. (1984): *The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life*. In: *The American Political Science Review* 78(3), S. 734-749.
- March, James G. / Olsen, Johan P. (1989): *Rediscovering Institutions – The Organizational Basis of Politics*. New York: Free Press.
- McFaul, Michael (2002): *The Fourth Wave of Democracy and Dictatorship – Noncooperative Transitions in the Post-communist World*. In: *World Politics* 54(2), S.212-244.
- McFaul, Michael (2007): *Ukraine Imports Democracy. External Influences in the Orange Revolution*. In: *International Security* 32(2), S.45-83.
- McGlinchey, Eric (2010): *Running in Circles in Kyrgystan*. In: *New York Times Online*, 9.April 2010. Abrufbar unter: http://www.nytimes.com/2010/04/10/opinion/10mcglinchey.html?_r=3. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.
- North, Douglas C. (1990): *Institutions, Institutional Change, and Economic Performance*. Cambridge: Cambridge University Press.

- North, Douglas C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Nohlen, Dieter / Kasapovic, Mirjana (1996): Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa. Opladen: Leske und Budrich.
- Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. In: Merkur 45 (4), S.279-292.
- [OSCE 2000] OSCE Election Observation Mission Final Report Presidential Elections 2000: Abrufbar unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/kyrgyzstan/15802>. Zuletzt aufgerufen am 17.6.2011.
- [OSCE 2005] OSCE/ODHIR Election Observation Mission Final Report Parliamentary Elections 2005: Abrufbar unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/kyrgyzstan/14835>. Zuletzt aufgerufen am 20.6.2011.
- [OSCE 2007] OSCE/ODHIR Election Observation Mission Final Report Pre-Term Parliamentary Elections 2007. Abrufbar unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/kyrgyzstan/31607>. Zuletzt aufgerufen am 21.6.2011.
- [OSCE 2010] OSCE/ODHIR Election Observation Mission Final Report Parliamentary Elections 2010. Abrufbar unter: <http://www.osce.org/odihr/74649>. Zuletzt aufgerufen am 22.6.2011.
- Osterberg, Norma (2008): Erfolg und Scheitern von Demokratisierungsprozessen. Zwei Fallstudien: Albanien und Kroatien. Die Notwendigkeit der Kongruenz von Sozialkapital und politischen Institutionen. In: Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa? Dynamiken innerstaatlichen und internationalen Wandels. Beiträge für die 16. Tagung junger Osteuropa Experten. Forschungsstelle Osteuropa Bremen.
- Peters, B. Guy (1999): Institutional Theory in Political Science – The “New Institutionalism”. London und New York: Pinter.
- Peters, B. Guy / Pierre, Jon / King, Desmond S. (2005): The Politics of Path Dependency: Political Conflict in Historical Institutionalism. In: The Journal of Politics 67 (4), S.1275-1300.
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. In: American Political Science Review 94(2), S.251-267.

- Pierson, Paul / Skocpol, Theda (2002): Historical Institutionalism in Contemporary Political Science. In: Katznelson, Ira / Milner, Helen V. (2002): Political Science. State of the Discipline. New York: W.W. Norton. S. 693-721.
- Pop-Eleches, Grigore (2007): Historical legacies and Post-Communist Regime Change. In: The Journal of Politics 69(4), S. 908-926.
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.
- Reinecke, Gerhard (1995): Politische Entwicklung im nachsowjetischen Mittelasien: Demokratisierung in Kirgistan. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- RFE/RL (2011): Kyrgyz Politicians Hagggle Over Presidential Election Date. Radio Free Europe/ Radio Liberty. Abrufbar unter: http://www.rferl.org/content/kyrgyzstan_hagggle_over_presidential_election_date/24250722.html. Zuletzt aufgerufen am 7.7.2011.
- Sartori, Giovanni (2002): Comparative Constitutional Engineering. An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes. 2. Auflage. London: Palgrave Macmillan.
- Sewell, William H. (1996): Three Temporalities: Toward an Eventful Sociology. In: McDonald, Terrence J. (1996): The Historic Turn in the Human Sciences. Ann Arbor: University of Michigan Press. S. 245-280.
- Spector, Regine A. (2004): The Transformation of Askar Akaev, President of Kyrgyzstan. Berkley Program in Soviet and Post-Soviet Studies. Working Paper Series.
- Steinmo, Sven (2008): Historical Institutionalism. In: Della Porta, Donatella / Keating, Michael: Approaches and Methodologies in the Social Sciences – A Pluralist Perspective. Cambridge: Cambridge University Press. S. 118-138.
- Styckow, Petra (2010a): Die Wahl des Wahlsystems. In: Osteuropa 60 (9), S. 53-70.
- Styckow, Petra (2010b): „Bunte Revolutionen“ – Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion?. In: Politische Vierteljahresschrift (2010) 51, S.137-162.
- Temirkulov, Azamat (2010): Kyrgyz “revolutions” in 2005 and 2010: comparative analysis of mass mobilization.

Thelen, Kathleen / Steinmo, Sven (1992): Historical institutionalism in comparative politics. In: Steinmo, Sven, et al (1992): Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Analysis. New York: Cambridge University Press, S. 1-32.

Transparency International 2007: Corruption Perceptions Index 2007. Abrufbar unter: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2007. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.

Transparency International 2008: Corruption Perceptions Index 2008. Abrufbar unter: http://www.transparency.org/news_room/in_focus/2008/cpi2008/cpi_2008_table. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.

Transparency International 2009: Corruption Perceptions Index 2009. Abrufbar unter: <http://media.transparency.org/imaps/cpi2009/>. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.

Verfassung 1993: Abrufbar unter: http://www.cawater-info.net/library/eng/const_kg.pdf. Zuletzt aufgerufen am 9.7.2011.

Verfassung 1998: Abrufbar unter http://confinder.richmond.edu/admin/docs/kyrgyz_const.pdf. Zuletzt aufgerufen am 17.6.2011.

Verfassung 2010: Abrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen31-32.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 9.7.2011.

Venice Commission (o.J.): Präsentation. Abrufbar unter: http://www.venice.coe.int/site/main/presentation_GER.asp. Zuletzt aufgerufen am 22.6.2011.

Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5., revidierte Auflage, Tübingen: J.C.B Mohr.

Weisflog, Christian (2010): Sehnsucht nach der starken Hand. Der Tagesspiegel 10.10.10. Abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/sehnsucht-nach-der-starken-hand/1953286.html>. Zuletzt aufgerufen am 30.6.2011.

White, Stephen / Batt, Judy / Lewis, Paul G. (1998): Developments in Central and East European Politics. 2. Auflage. Basingstoke: Macmillian.

Wolters, Alexander (2008): Auf der Suche nach der Tulpenrevolution. Kirgistan im Herbst 2008. In: Zentralasien-Analysen 11, S.2-6.

Who is Who in Kyrgyz Politics. Abrufbar unter:

http://www.sras.org/whos_who_in_kyrgyz_politics. Zuletzt aufgerufen am 22.6.2011.

Yigit, Sureyya (2010): The Kyrgyz catastrophe. OpenDemocracy. Abrufbar unter: <http://www.opendemocracy.net/sureyya-yigit/kyrgyz-catastrophe>. Zuletzt aufgerufen am 29.6.2011.